

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## REVOLUTIONÄRES POTENZIAL IN ZENTRALASIEN? MEDIEN IN KIRGISTAN PRÄSIDENTENWAHLEN IN KIRGISTAN STREIKS IN KASACHSTAN

■ ANALYSE		
Revolutionen in Zentralasien?		
Der »Arabische Frühling« als Herausforderung für die Region		2
Von Andrea Schmitz und Alexander Wolters/ Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Vergleich einiger Indikatoren der zentralasiatischen Länder mit den arabischen Revolutionsländern		6
Rankings zu Instabilität und Krisenanfälligkeit		11
■ ANALYSE		
Ein Hauch von Frühling...		
Die Medienlandschaft in Kirgistan ein Jahr nach der April-Revolution		14
Von Thomas Völker, Magdeburg / Almaty		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die wichtigsten nationalen Medien Kirgistans		18
Reporter ohne Grenzen Rangliste der Pressefreiheit		19
Das Verhältnis zu Massenmedien nach einer Meinungsumfrage 2010		19
■ DOKUMENTATION		
Mehr Gefahr als Chance? Pressestimmen zur bevorstehenden Präsidentenwahl in Kirgistan		21
■ DOKUMENTATION		
Ignoriert und unverstanden? –		
Pressestimmen zum Streik der Erdölarbeiter im kasachstanischen Mangystau		26
■ CHRONIK		
Vom 18. Juni bis zum 22. Juli 2011		31



Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

## Revolutionen in Zentralasien?

### Der »Arabische Frühling« als Herausforderung für die Region

Von Andrea Schmitz und Alexander Wolters/ Berlin

#### Zusammenfassung

Die Proteste in der arabischen Welt werden in Zentralasien lebhaft rezipiert und wecken dort Hoffnungen und Befürchtungen. Wie in den Revolutionsländern der arabischen Welt ist die Altersgruppe der 15 – 24-Jährigen in Zentralasien überproportional stark vertreten, und auch dort kreieren politische Entmündigung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit hohe Frustrationspotentiale. Gleichzeitig haben der Ausbau neuer Kommunikationstechnologien und damit der Zugriff auf soziale Medien die Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Libyen in den eigenen Erfahrungshorizont gerückt. Die staatlichen Autoritäten in Zentralasien begegnen dem neuen Grad der Vernetzung über das Internet und neuen Hoffnungen auf Veränderung mit verstärkten Kontroll- und Zensurmaßnahmen, die sozialen Protest zwar in Schach halten, dessen Ursachen jedoch nicht berühren und den Anschluss Zentralasiens an die digitale Welt auf Dauer nicht verhindern werden.

Die Rebellionen in Nordafrika und dem Mittleren Osten werden überall in der Welt in Echtzeit verfolgt und miterlebt. Das postsowjetische Zentralasien bildet hier keine Ausnahme. Internet, Satellitenfernsehen und Mobiltelefone erlauben auch in dieser Region die Beobachtung der Ereignisse auf dem Tahrirplatz in Kairo, in Amman oder Manama. In Reaktion darauf haben erste Diskussionen eingesetzt über die Frage, ob ähnliche Entwicklungen auch in Zentralasien möglich sind. Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in und zwischen den betreffenden Gesellschaften und wie, wann und wo könnte sich Protest in Zentralasien manifestieren?

#### Strukturelle Krisenfaktoren

Gemeinsamkeiten mit dem Nahen Osten gibt es sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche Situation als auch das politische System. So ist Zentralasien trotz teilweise beeindruckender Wachstumsraten geprägt von struktureller Ungleichheit in der Verteilung individueller Chancen für gesellschaftlichen Aufstieg. Der Wert für soziale Ungleichheit im Human Development Index (HDI) bewegt sich ähnlich wie im Falle der nordafrikanischen Revolutionsländer zwischen 0,45 und 0,55. Die soziale Ungleichheit ist mithin zwar ausgeprägt, sie mündet aber noch nicht in der umfassenden Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile wie im Falle des subsaharischen Afrikas. Vielmehr frustriert der Mangel an Aufstiegschancen eine immer jüngere Bevölkerung in der Region, die mit durchschnittlich 1,7 % wächst und in der inzwischen 30 % jünger sind als 15 Jahre. Akut zeigt sich dieses Strukturproblem in der Jugendarbeitslosigkeit, die mit Ausnahme Kasachstans mit einem Wert von über 20 % eingeschätzt wird und somit nah an die 23,4 % im arabischen Raum heran kommt.

Auch die politischen Systeme in Zentralasien ähneln jenen der Revolutionsländer in Nordafrika und

im Nahen Osten, insbesondere mit Blick auf Repression und Korruption. So werden bis auf Kirgistan alle Republiken in den gängigen Rankings als unfrei eingestuft. Ebenso führt der Corruption Perceptions Index von Transparency International (CPI) die Staaten der Region im unteren Drittel und stellt ihnen damit ein noch schlechteres Zeugnis aus als den Revolutionsländern Tunesien und Ägypten. Darüber hinaus sind in Zentralasien mit Lebensmittelkrisen und mit dem Einzug neuer Kommunikationsmedien zwei Faktoren gegeben, die auch im Arabischen Frühling die Dynamik der Proteste bestimmten. Der Preis für Weizen beispielsweise stieg im Jahr 2010 um bis zu 30 % – eine Entwicklung, die die Weltbank jüngst zu einer Warnung vor Protestwellen in Zentralasien veranlasste. Artikulieren kann sich die Frustration zunehmend in neuen Kommunikationsmedien, die in den letzten Jahren eine rasante Verbreitung in der Region erfahren haben; lediglich Turkmenistan bildet hier eine Ausnahme. Die Nutzung des Internets erreicht in Ländern wie Kirgistan und Kasachstan bereits 40 % der Bevölkerung und übertrifft damit das Niveau Nordafrikas, welches mit durchschnittlich 30 % angegeben wird. Die jährlichen Wachstumsraten beim Internetzugang liegen für beide Regionen mit Werten zwischen 200 bis 300 % auf gleicher Höhe. Ähnlich verhält es sich bei der Verbreitung von Mobiltelefonen. Auch hier liegen die Wachstumsraten beider Regionen für die letzten fünf Jahre bei mehreren hundert Prozent.

Die neue Vernetzung mit der Welt hat dazu geführt, dass der Arabische Frühling auch in Zentralasien verstärkt rezipiert wurde. In Kirgistan beispielsweise wertete der Oppositionsführer und Gründervater der neuen Verfassung, Omurbek Tekebajew, die Ereignisse als Fortsetzung der kirgisischen Revolution vom April 2010. In Tadschikistan warnten Mitte Februar Demonstranten

bei einem kleinen Protest vor dem ägyptischen Szenario, während sich Anfang April einige Dutzend Internetaktivisten zu einem Flashmob vor dem Energieministerium in Duschanbe einfanden. Mit ihrer Aktion wollten sie ein Zeichen gegen die zunehmenden Energieausfälle und gegen die steigende Korruption setzen. Auf der anderen Seite reagierten die Regime vor Ort mit Zensurmaßnahmen und verstärkter Kontrolle, um den Anfängen eines »zentralasiatischen Frühlings« zu wehren. Ein Beispiel ist der Vorstoß Turkmenistans zur Repatriierung seiner Auslandsstudierenden aus Sorge, diese könnten sich mit dem Revolutionsvirus anstecken. In Usbekistan wurden die nationalen Mobiltelefonbetreiber und Internetprovider angewiesen, verdächtige SMS oder e-mails zu melden und auf Anweisung ihre Dienste einzustellen. In Tadschikistan schließlich reagierte die politische Führung auf die kleine Demonstration von Mitte Februar mit der Entsendung von knapp 200 Polizisten – ein deutlicher Indikator für den Grad der Bedrohungsperzeption. Selbst in Kasachstan bemühten sich Abgeordnete des Parlaments bereits Anfang Februar, neue Regeln für eine Überwachung des Internets aufzustellen.

Diese präventive Fokussierung auf die neuen Kommunikationsmedien macht deutlich, dass der mögliche Zeitpunkt von Protesten kaum bestimmt werden kann. Wann die Unzufriedenheit über konkrete Mängel in Empörung umschlägt, diese sich vernetzt und schließlich Protest mobilisiert, ist aus sozialstrukturellen Faktoren nicht abzuleiten. Entsprechend überraschten auch die Revolutionen im arabischen Raum gerade dadurch, dass sie sich spontan an marginalen Ereignissen und an peripheren Orten entzündeten. Vor dem Hintergrund der strukturellen Ähnlichkeiten zwischen dem arabischen Raum und Zentralasien stellt sich allerdings die Frage, wie sich Proteste in Zentralasien manifestieren, und welche Form sie annehmen könnten. Dabei muss zwischen den einzelnen Staaten unterschieden werden.

### **Kasachstan: Erdölmilliarden mindern das Protestpotential**

Die politischen Verhältnisse in Kasachstan geben wenig Anlass zu der Vermutung, dass Proteste über bloße Episoden hinausgehen könnten. Das Land kann mit einer beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolgsbilanz aufwarten und zeichnet sich durch eine nur selektiv greifende politische Repression aus. Im Unterschied zu seinen Nachbarn und den Staaten des Arabischen Frühlings können mögliche Frustrationspotentiale daher erfolgreich kompensiert werden. So ist es Präsident Nursultan Nasarbajew gelungen, den Ölreichtum des Landes für die Anhebung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung zu nutzen. Bei einem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt von über 8.000 US-Dol-

lar pro Einwohner erleben weite Teile der Bevölkerung die letzte Dekade als eine persönliche Erfolgsgeschichte. Beträchtliche Bildungsinvestitionen und Freizügigkeit bei Reisen ins Ausland suggerieren besonders der jungen Generation Aufstiegschancen im gegenwärtigen System, die zumindest teilweise auch eingelöst werden. Die Jugendarbeitslosigkeit von offiziell weniger als 4 % bietet ebenfalls kaum Anlass für Kritik an den Herrschaftsverhältnissen. Selbst die Bereicherung der politischen Elite mit der Familie des Präsidenten an der Spitze wird als Teil der Erfolgsgeschichte gesehen. Vorwürfe der Korruption, wie sie die jüngste Ausgabe des CPI belegen, in dem Kasachstan mit Platz 105 (von insgesamt 178) im unteren Drittel liegt, bieten ebenso wenig Anlass für öffentlichen Protest wie die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im April 2011, für die rasch die Gesetzgebung geändert werden musste. Diese Wahrnehmung ist nicht zuletzt der besonderen Kunstfertigkeit zu verdanken, mit der internationale Kritik am Herrschaftsstil Nasarbajews innenpolitisch als konstruktiver Dialog präsentiert wird. Diese und andere Anzeichen einer sich verstetigenden autoritären Herrschaft werden im nationalen Erfolgsnarrativ als bloße Konstruktionsfehler ausgewiesen, die in naher Zukunft behoben werden.

Das Protestpotential in Kasachstan liegt an den Rändern der Gesellschaft. Im Land arbeiten hunderttausende Gastarbeiter aus den benachbarten Republiken und verdingen sich unter teilweise prekären Verhältnissen auf Großbaustellen oder den unzähligen Basaren in Almaty oder Astana. Ihre nur bedingte Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Landes, die permanente Erwartung möglicher Repressionen und eine nur auf formale Einbindung abzielende Nationalitätenpolitik bieten eine Struktur, an der sich möglicher Protest aufbauen könnte. Andererseits wirken die relativ junge Geschichte dieser Migration, ihr häufig saisonaler Charakter sowie die Spannweite möglicher Einkommensversprechen offenem Protest entgegen. Abzuwarten bleibt daher, ob Ereignisse wie verstärkte Repression oder wirtschaftliche Schocks dieser Differenz zwischen Mehrheitsgesellschaft und marginalisierten Gruppen politische Brisanz verschaffen können.

### **Turkmenistan: Kein Spielraum für Protest**

Für Turkmenistan können höchstens lokal begrenzte Proteste erwartet werden. Die Korruption auf allen staatlichen Ebenen, der desolate Zustand des Gesundheits- und Bildungssystems, die Selbstbereicherung einer kleinen Elite bei gleichzeitigem Abbau von Aufstiegschancen für eine unter hoher Jugendarbeitslosigkeit leidende Bevölkerung – Gründe für Protest gäbe es durchaus. Allerdings sind die Möglichkeiten zur Artikulation von Protest in Turkmenistan mit seiner extremen

Beschneidung des öffentlichen Raumes äußerst begrenzt. Die Internetdurchdringung liegt im Land bei lediglich 1,6 %, außer russischem Satellitenfernsehen existieren keinerlei unabhängige Informationsquellen. Die staatliche Zensur ist omnipräsent, so dass selbst Ausnahmeregisse wie die jüngste Explosion eines Waffendepots in Abadan, die Menschenrechtsorganisationen zufolge über 1.000 Todesopfer forderte, der öffentlichen Erörterung entzogen werden können.

Zudem fehlt in Turkmenistan die Erfahrung einer Erschöpfung am gegenwärtigen Regime. Mit Gurbanguly Berdymuchammedow steht ein Präsident an der Staatsspitze, der erst seit fünf Jahren regiert, den Kult um die Person seines Vorgängers demontierte und sich als moderater Reformers inszeniert. Das Feindbild eines seit mehr als 30 Jahren herrschenden Despoten fehlt in Turkmenistan. Auch hat die Sowjetzeit tiefe Spuren im ethno-sozialen Gefüge hinterlassen. Sozialistische Planwirtschaft und sowjetische Verwaltungshierarchien haben ehemals traditionelle gesellschaftliche Differenzierungsmuster unterlaufen, und dies lässt die Wahrscheinlichkeit sinken, dass sich soziale Fragmentierung in Turkmenistan etwa nach dem libyschen Muster, d. h. mit zwischen Regionen und Stammesgruppen verlaufenden Konfliktlinien, in Protest und Gewalt übersetzt. Entsteht Protest, wird der Staat in Turkmenistan mit einem Mix aus materieller Befriedigung und verstärkter Repression reagieren.

### **Tadschikistan: Gewalt als Option**

Die Verhältnisse in Tadschikistan lassen ganz andere Entwicklungsszenarien möglich erscheinen. Protest muss hier vor dem Hintergrund der Erfahrung eines Bürgerkriegs (1992–1997) sowie der äußerst fragilen Staatlichkeit immer auch als möglicher Beginn einer Gewaltspirale mit militärischer Aktion gedacht werden. Ein Erbe des Bürgerkriegs ist die verstärkte regionale Fragmentierung, die zur Strukturierung möglicher Proteste herangezogen werden kann. Potential hierfür ist dabei mit einem Bruttosozialprodukt von nur 740 US-Dollar pro Einwohner, einer besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit von über 60 %, einer extremen politischen Blockade durch das repressive Regime von Präsident Emomali Rachmon sowie ausufernder Korruption – Tadschikistan belegt Platz 154 im CPI – durchaus vorhanden. Den sozialen Spannungen begegnet das Regime mit einer scharfen Kontrolle der Religionsausübung, die potentielle islamistische Mobilisierung eindämmen soll, und mit nationalen Erweckungsprojekten wie dem Roghun-Staudamm. Dieses Taktieren verspricht jedoch immer nur kurzfristig Aussicht auf Erfolg. Die Ausbreitung neuer Medien ermöglicht es, Kritik am Regime als gemeinsame Veranstaltung zu erleben, so dass sich Pro-

test prinzipiell schnell ausweiten kann. Zudem trägt der staatliche gelenkte Diskurs über den Islamismus dazu bei, dass Gewalt als eine realistische Option des politischen Widerstands erscheint. Die Zusammenstöße zwischen Militär und islamistischen Gruppen im Herbst 2010 lieferten bereits ein Beispiel für diese Form von Konflikt.

### **Kirgistan: Protest als neue Norm für politische Aktion**

Eine Revolution nach arabischem Vorbild ist in Kirgistan unwahrscheinlich, der Ausbruch von gewaltförmigem Protest hingegen durchaus möglich. Die Revolution vom April 2010 war bereits eine Reaktion auf sozial-wirtschaftliche Missstände und politische Repression und insofern ein Vorläufer der Ereignisse in Nordafrika und dem Nahen Osten. Mit der Ratifizierung einer neuen Verfassung, der Wahl von Rosa Otunbajewa zur Präsidentin, den Parlamentswahlen im Oktober 2010 und der darauf folgenden Konstituierung einer neuen Regierung unter Premierminister Almasbek Atambajew hat sich das politische System inzwischen geöffnet; gleichzeitig sind die Perspektiven der jungen Bevölkerung für sozialen Aufstieg bei einem Bruttosozialprodukt von knapp 860 US-Dollar pro Einwohner und einer geschätzten Jugendarbeitslosigkeit, die weit über den offiziellen 13 % liegen dürfte, unverändert schlecht. Protest ist bei solch hohem Frustrationspotential mithin wahrscheinlich und wird befördert durch die Liberalisierung des öffentlichen Raumes, wie sie sich in einer Zugangsrate der Bevölkerung zum Internet von knapp 40 %, einer 100%igen Verbreitung von Mobiltelefonen und unabhängigen Medien manifestiert. Als paradox muss der Umstand gewertet werden, dass potentiell Protest in Kirgistan inzwischen das Ziel abhanden gekommen ist. Anders als in den Nachbarstaaten teilt sich die politische Spitze auf in Präsident, Regierung und Parlament, was die Adressierung von Forderungen komplexer macht. Umgekehrt ermöglicht die neue Macht der öffentlichen Meinung die zeitnahe Artikulation und Aggregation von Protest. Wie die Ereignisse in Osch im Juni 2010 gezeigt haben, kann dieser leicht in Gewalt umschlagen, die entlang ethnischer Fragmentierungen mobilisiert werden kann.

### **Usbekistan: Geringe Chancen für Protest**

Auch Usbekistan ist anfällig für gewaltförmigen Protest. Das Frustrationspotential im Land ist als sehr hoch einzuschätzen. Weit über 30 % der Bevölkerung sind jünger als 14 Jahre und die Einwohner Usbekistans müssen mit einem Bruttosozialprodukt von weniger als 1.400 US-Dollar pro Kopf auskommen. Einen Teil der Perspektivlosigkeit fängt die Arbeitsmigration vor allem nach

Kasachstan und Russland auf, für die sich bis zu 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes entscheiden. Für die vielen Arbeitssuchenden daheim bietet die nach wie vor unterentwickelte und auf den Export von Gold und Baumwolle orientierte Wirtschaft kaum Karrierechancen. Diese Faktoren sowie die mangelnden staatlichen Kapazitäten für die dauerhafte Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und extreme Korruption machen das Regime des seit über 20 Jahren amtierenden Präsidenten Islam Karimow anfällig für Krisen, die sich aufgrund der zunehmenden Verbreitung neuer Kommunikationsmedien auch in koordinierten Protestaktionen niederschlagen könnten.

Den gewachsenen Möglichkeiten für Protest steht allerdings die Erfahrung des Aufstands in Andischan im Mai 2005 entgegen, der vom Regime auf brutale Weise niedergeschlagen wurde. Wo immer sich dezidiert politischer Protest erhebt, muss daher mit einer Entwicklung hin zu extremer Gewaltanwendung gerechnet werden, die über repressive, aber dezentralisierte Polizeieinsätze (wie etwa in Ägypten) hinaus geht. Gleichzeitig muss vermutet werden, dass insbesondere islamistische Kräfte jenen Rahmen bieten, innerhalb dessen Widerstand gegen das Regime Karimow artikuliert und umgesetzt werden kann. Besonders anfällig dafür ist das Ferghana-Tal, wo sich die sozialen und politischen Spannungen konzentrieren. In diesem Fall könnte der Protest auch

der Ausbreitung von Gewalt auf die Nachbarstaaten Vorschub leisten.

### Implikationen

Die Kombination von zunehmender Perspektivlosigkeit immer größerer Bevölkerungsschichten und Verbreitung neuer Kommunikationsmedien haben den Rahmen für das politische Handeln externer Akteure in Zentralasien verändert. So haben sich die Möglichkeiten für eine sichere Bindung eigener Interessen an die Interessen repressiver Regime radikal verringert. Namentlich die Europäer werden daher bei der Wahrung dieser Interessen darauf bedacht sein müssen, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Zivilgesellschaften nicht zu verspielen, denn der partnerschaftliche Umgang mit zentralasiatischen Despoten birgt auf Dauer das Risiko einer Entfremdung von zukünftigen Entscheidungsträgern. Die Politik der Annäherung im Namen des Dialogs droht sich zu diskreditieren, wenn diese nur als kosmetische Flankierung harter Interessenpolitik wahrgenommen wird. In Anbetracht der wachsenden Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ist zu erwarten, dass sich die Möglichkeiten der zentralasiatischen Öffentlichkeit, diese Diskrepanzen in der Politik ausländischer Partner zu beobachten, zukünftig noch erweitern werden.

### Über die Autoren:

Dr. Andrea Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Russland / GUS an der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die politischen Entwicklungen in Zentralasien und die europäische, amerikanische und russische Politik in der Region.

Alexander Wolters promoviert an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zum Verhältnis von Politik und Gesellschaft in Zentralasien.

### Lesetipps:

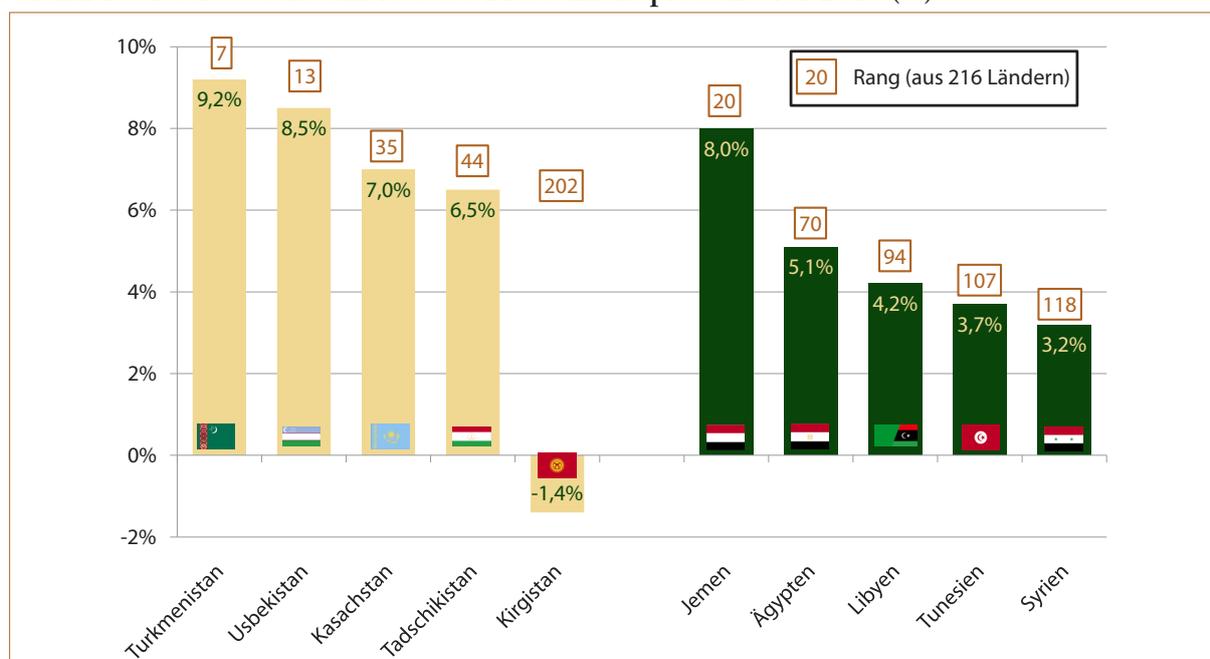
- Commission on Security and Cooperation in Europe (CSCE), Hearings and Briefings, 11.5.2011: Central Asia and the Arab Spring: Growing Pressure for Human Rights? [http://csce.gov/index.cfm?FuseAction=ContentRecords.ViewTranscript&ContentRecord\\_id=494&ContentType=H,B&ContentRecordType=H&CFID=53180090&CFTOKEN=60667848](http://csce.gov/index.cfm?FuseAction=ContentRecords.ViewTranscript&ContentRecord_id=494&ContentType=H,B&ContentRecordType=H&CFID=53180090&CFTOKEN=60667848)
- International Crisis Group, Central Asia. Decay and Decline. Asia Report Nr. 201, 3. Februar 2011; herunterzuladen von <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/201-central-asia-decay-and-decline.aspx>
- Alexey Malashenko, Central Asia in Stagnation, Carnegie Moscow Center. The Valdai Discussion Club, 21. Juni 2011, = <http://carnegie.ru/publications/?fa=44789>

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Vergleich einiger Indikatoren der zentralasiatischen Länder mit den arabischen Revolutionsländern

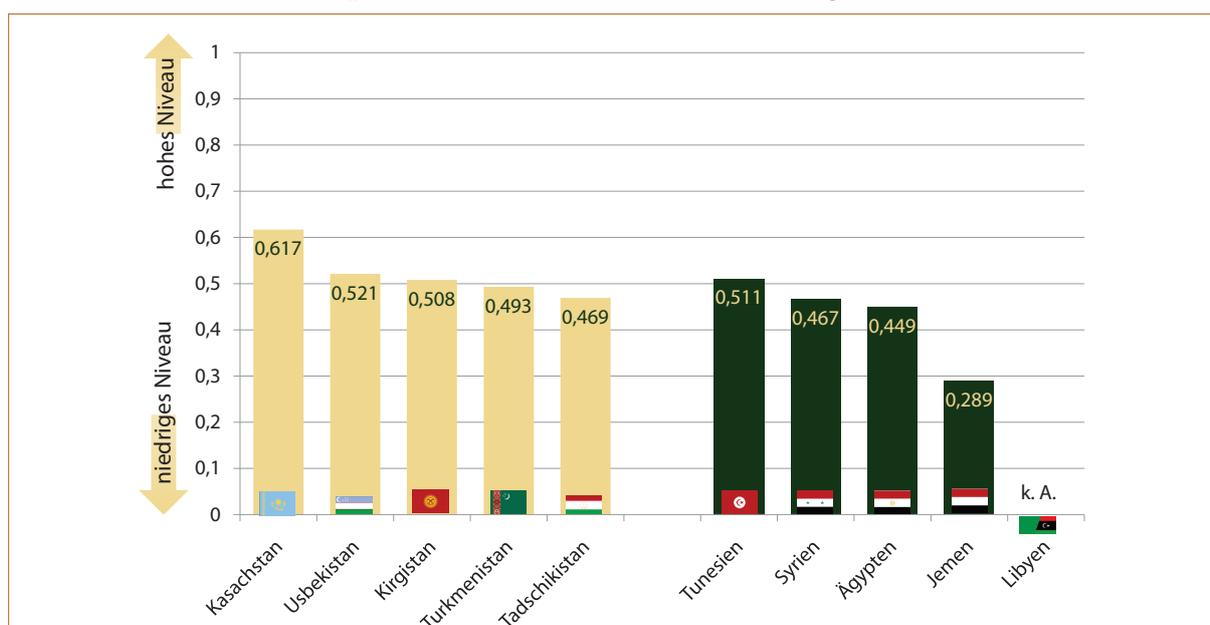
### Sozio-ökonomische Grunddaten

Grafik 1: Reale Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts für 2010 (%)



Quelle: The World Factbook; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2003rank.html>

Grafik 2: Human Development Indicators (HDI) – Soziale Ungleichheit – 2011

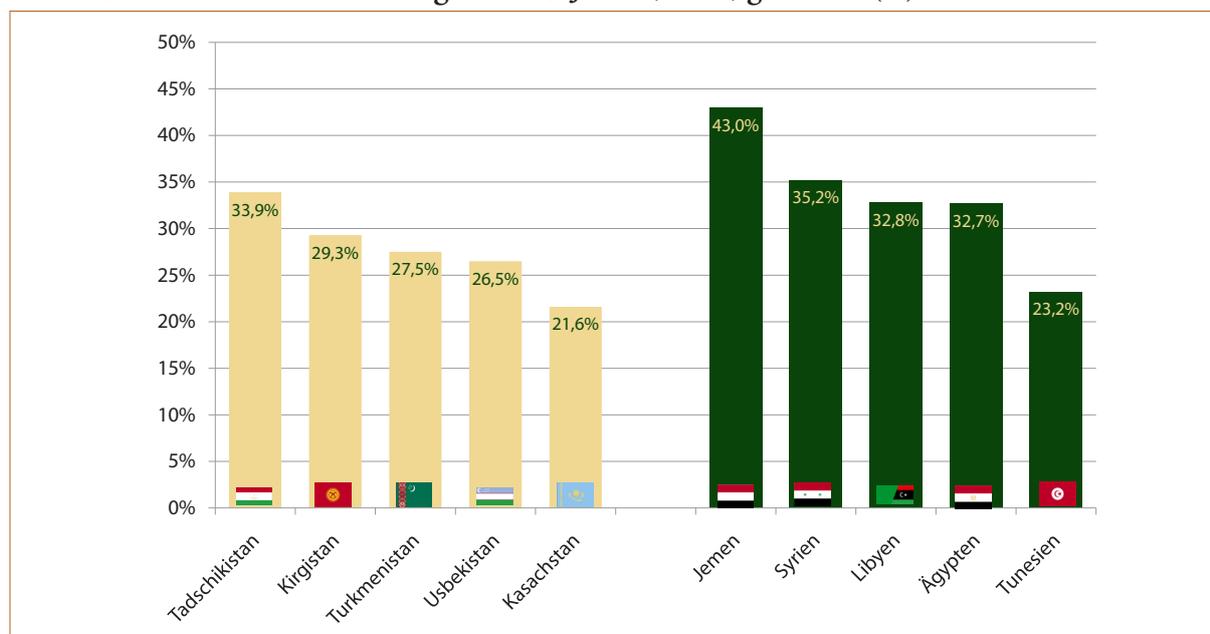


Für den HDI werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschul-ausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/73206.html>

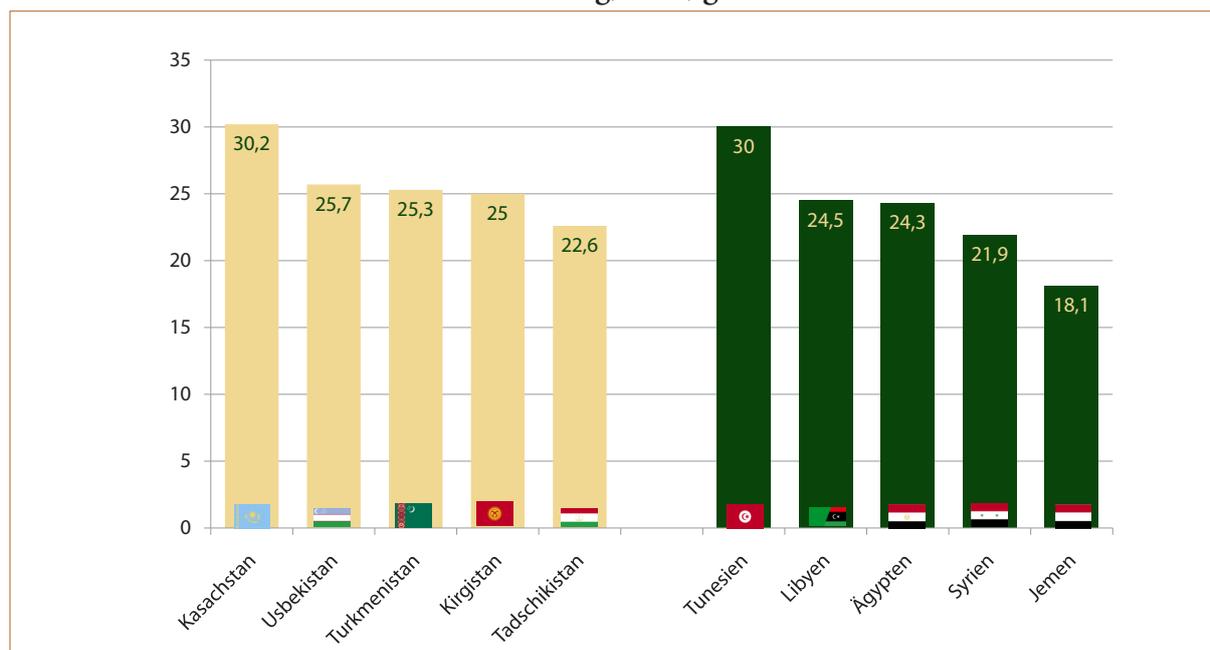
## Situation der Jugend

Grafik 3: Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren, 2011, geschätzt (%)



Quelle: *The World Factbook*; [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_cas.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_cas.html), [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_afr.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_afr.html) und [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_mde.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_mde.html)

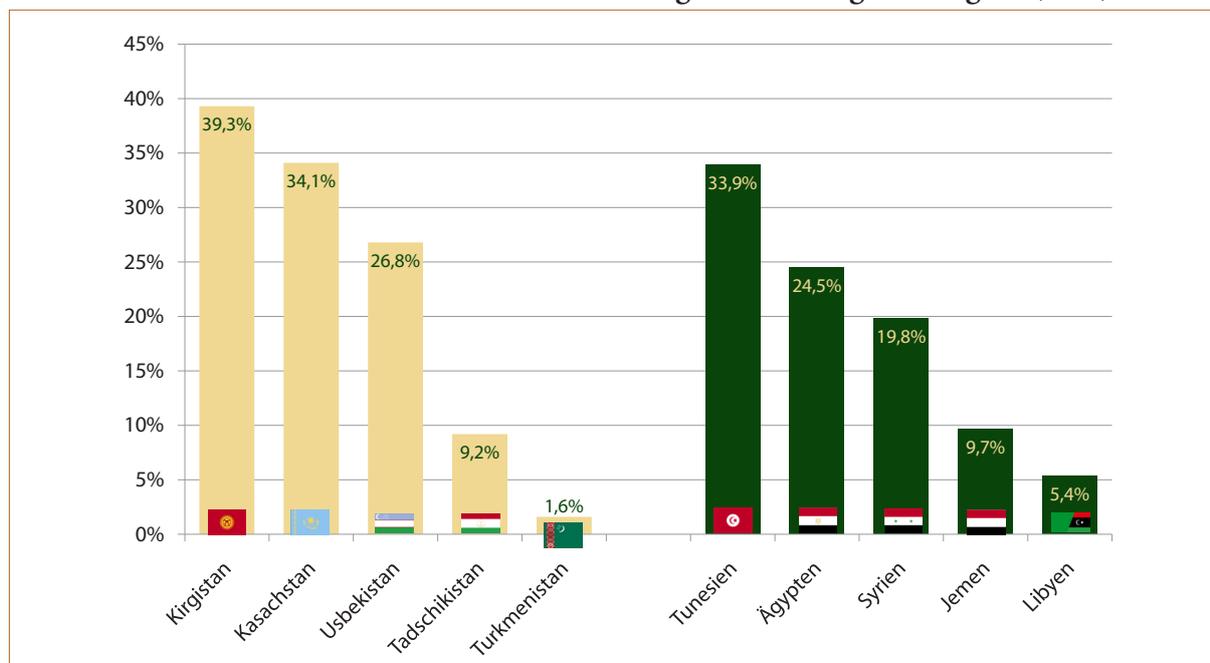
Grafik 4: Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2011, geschätzt



Quelle: *The World Factbook*; [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_cas.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_cas.html), [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_afr.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_afr.html) und [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region\\_mde.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/wfbExt/region_mde.html)

## Nutzung von modernen Kommunikationsmitteln

Grafik 5: Anteil der internetnutzenden Bevölkerung, letzte verfügbare Angabe (in %)

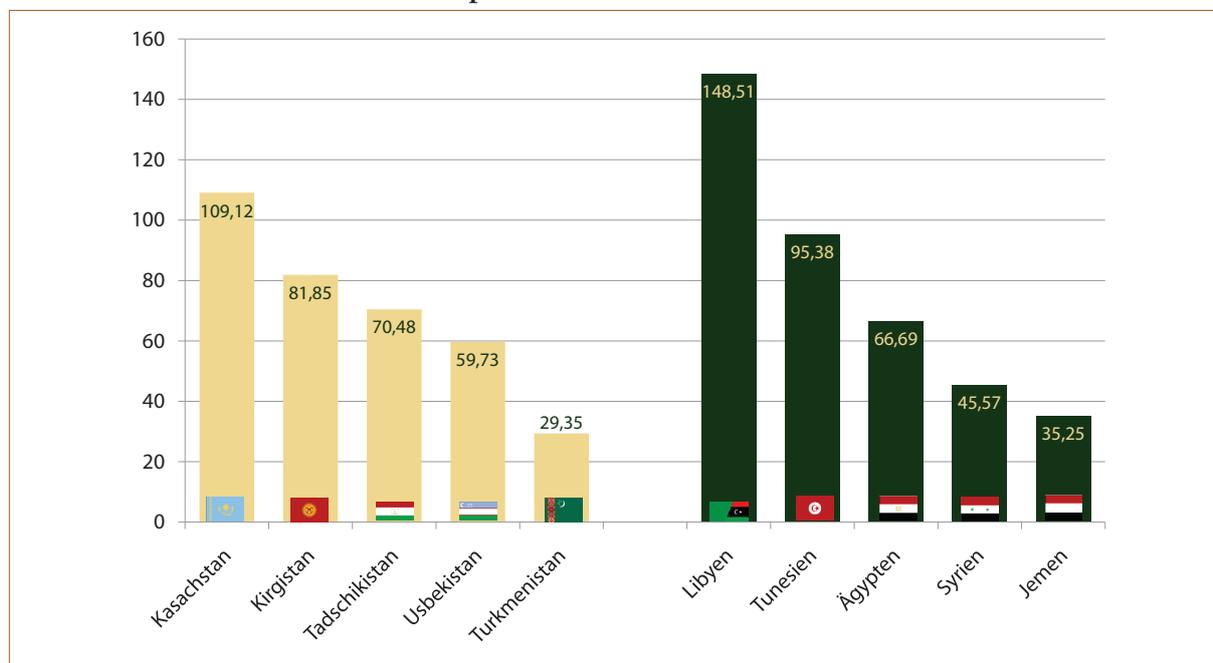


Quelle: Internet-Statistiken weltweit, <http://www.internetworldstats.com/stats3.htm>, <http://www.internetworldstats.com/stats1.htm> und <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>

Tabelle 1: Internetnutzung in den zentralasiatischen Ländern und in den arabischen Revolutionsländern

	Internetnut- zener im Jahr 2000	Internetnutzer, letzte verfü- gbare Angabe	= Anteil der in- ternetnutzenden Bevölkerung in Prozent	Wachstum der Zahl der Internet- nutzer zwischen 2000 und 2011 in Prozent
Kasachstan	70.000	5.300.000	34,1	7.471,40
Kirgistan	51.600	2.194.400	39,3	4.152,70
Tadschikistan	2.000	700.000	9,2	34.900
Turkmenistan	2.000	80.400	1,6	3.920
Usbekistan	7.500	7.550.000	26,8	100.566,70
Ägypten	450.000	20.136.000	24,5	4.374,70
Jemen	15.000	2.349.000	9,7	15.560
Libyen	10.000	353.900	5,4	3.439
Syrien	30.000	4.469.000	19,8	14.796,70
Tunesien	100.000	3.600.000	33,9	3.500

Quelle: Internet-Statistiken weltweit, <http://www.internetworldstats.com/stats3.htm>, <http://www.internetworldstats.com/stats1.htm> und <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>

**Grafik 6: Mobilfunkabonnements pro 100 Einwohner (2009)**

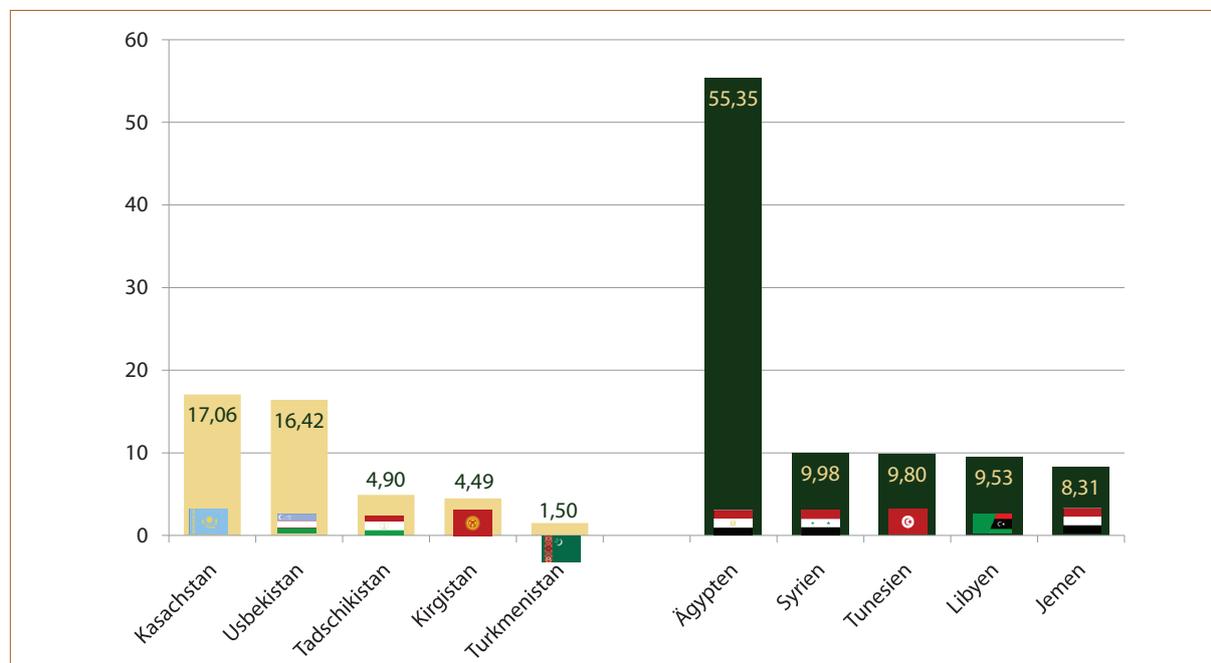
Quelle: Daten der International Telecommunication Union zu Mobilfunkabonnements weltweit; herunterzuladen unter <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls>

**Tabelle 2: Mobilfunkabonnements pro 100 Einwohner (2000–2009)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Kasachstan	1,32	3,9	6,88	8,87	16,21	35,53	50,83	79,97	96,06	109,12
Kirgistan	0,18	0,54	1,05	2,7	5,1	10,37	23,89	40,56	62,69	81,85
Tadschikistan	0,02	0,03	0,21	0,75	2,09	4,05	32,44	31,7	53,74	70,48
Turkmenistan	0,17	0,18	0,18	0,2	1,05	2,17	4,42	7,67	22,51	29,35
Usbekistan	0,21	0,51	0,74	1,25	2,09	2,74	9,51	21,16	45,51	59,73
Ägypten	1,94	3,91	6,17	7,8	10,09	17,67	22,9	37,59	50,62	66,69
Jemen	0,18	0,79	2,52	3,4	7,23	10,83	13,76	19,53	28,12	35,25
Libyen	0,75	0,92	1,26	2,23	8,62	33,77	64,97	72,95	117,24	148,51
Syrien	0,18	1,18	2,29	6,6	12,67	15,43	23,62	30,41	33,24	45,57
Tunesien	1,26	4,08	5,97	19,76	38,16	57,51	73,6	77,89	84,59	95,38

Quelle: Daten der International Telecommunication Union zu Mobilfunkabonnements weltweit; herunterzuladen unter <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls>

Grafik 7: Gesamtzahl der Mobilfunkabonnements (2009, in Mio.)



Quelle: Daten der International Telecommunication Union zu Mobilfunkabonnements weltweit; herunterzuladen unter <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls>

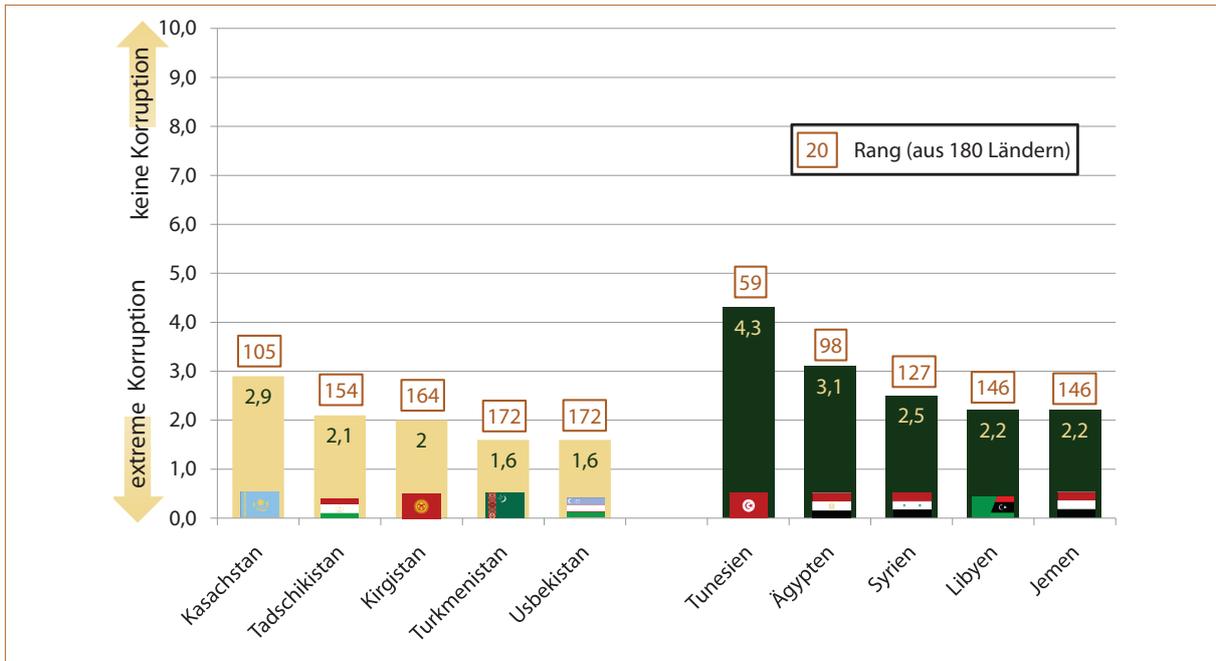
Tabelle 3: Gesamtzahl der Mobilfunkabonnements (2000–2009)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Kasachstan	197.300	582.000	1.027.000	1.330.730	2.447.000	5.398.000	7.775.737	12.322.676	14.910.573	17.063.200
Kirgistan	9.000	27.000	53.084	138.279	263.375	541.652	1.262.757	2.168.329	3.394.016	4.487.123
Tadschikistan	1.160	1.630	13.200	47.617	135.000	265.000	2.150.000	2.132.770	3.673.520	4.900.000
Turkmenistan	7.500	8.173	8.173	9.187	50.100	105.000	216.868	381.670	1.135.150	1.500.000
Usbekistan	53.128	128.012	186.900	320.815	544.100	720.000	2.530.365	5.691.458	12.375.274	16.417.914
Ägypten	1.359.900	2.793.800	4.494.700	5.797.530	7.643.060	13.629.602	18.001.106	30.093.673	41.286.662	55.352.233
Jemen	32.042	147.837	486.667	675.162	1.476.000	2.277.559	2.977.781	4.349.000	6.445.000	8.313.000
Libyen	40.000	50.000	70.000	127.000	500.000	2.000.000	3.927.562	4.500.000	7.379.115	9.534.091
Syrien	30.000	200.000	400.000	1.185.000	2.346.000	2.950.000	4.675.000	6.234.682	7.056.158	9.981.861
Tunesien	119.165	389.208	574.334	1.917.530	3.735.695	5.680.726	7.339.047	7.842.619	8.602.164	9.797.026

Quelle: Daten der International Telecommunication Union zu Mobilfunkabonnements weltweit; herunterzuladen unter <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/MobileCellularSubscriptions00-09.xls>

## Empfundene Verbreitung von Korruption

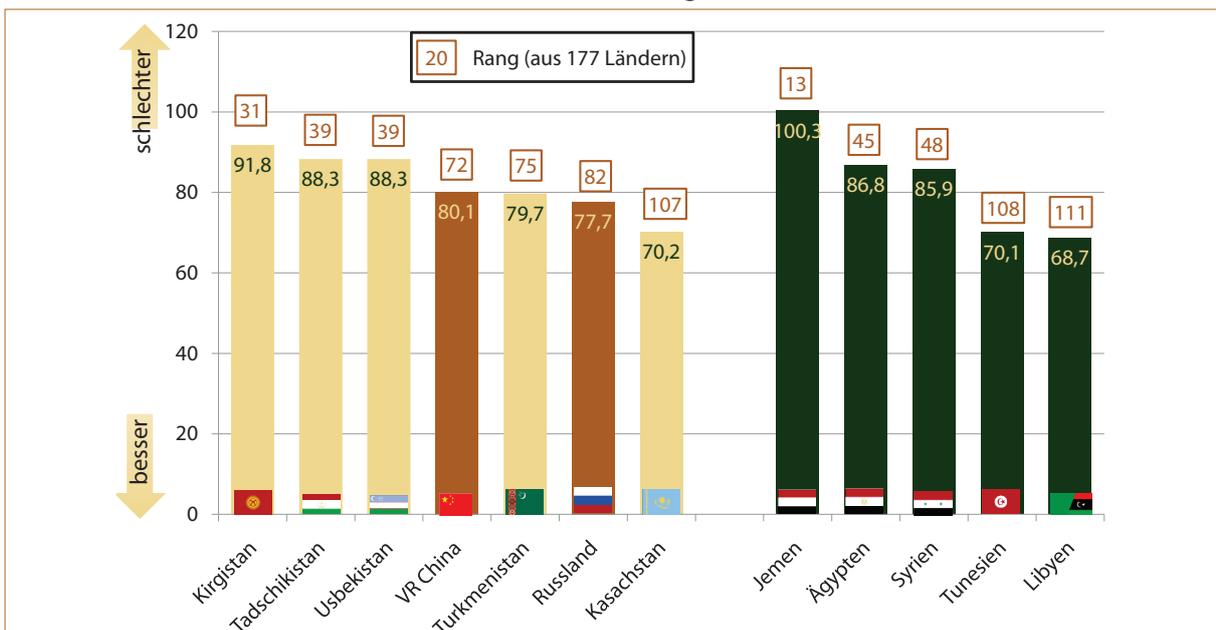
Grafik 8: Corruption Perceptions Index 2010



Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst. Quelle: <http://www.transparency.org>

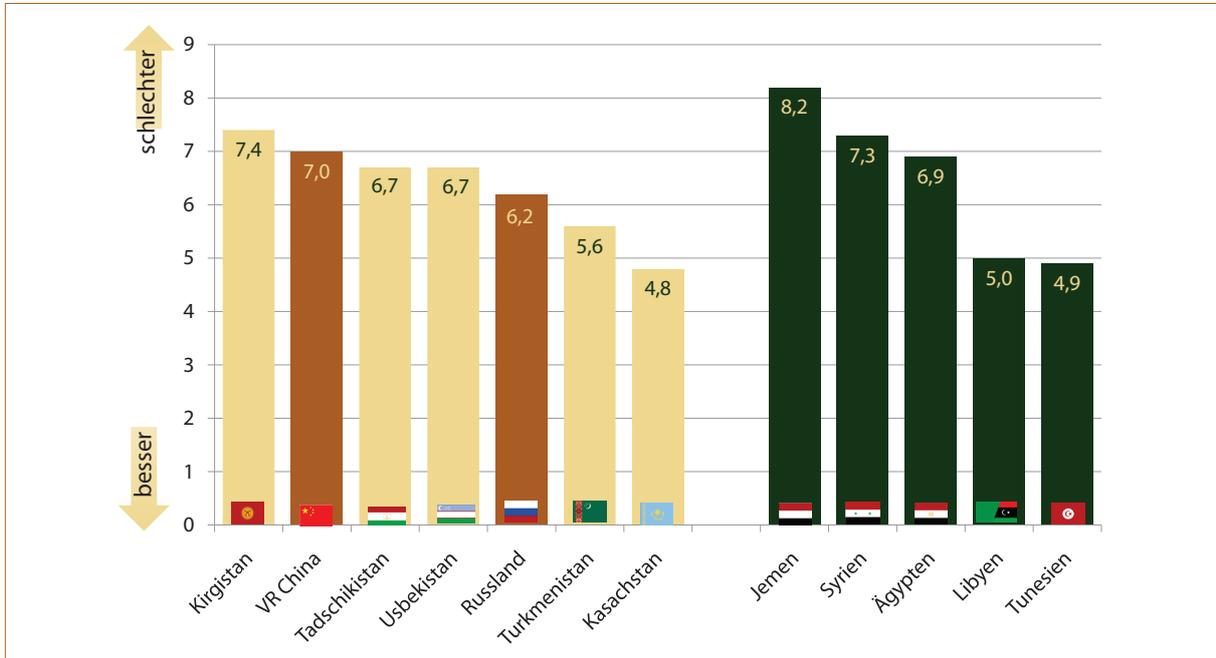
## Rankings zu Instabilität und Krisenanfälligkeit

Grafik 9: Failed State Index – Gesamtnote und Rang 2011



Auf der Basis von Daten für 2010. Somalia nimmt die schlechteste Position ein, mit einem Index von 113,4, während Finnland mit einem Wert von 19,7 den besten Rang hat. Quelle: *The Failed States Index 2011*, S. 6–7, <http://www.fundforpeace.org/global/?q=cr-11-14-fs>

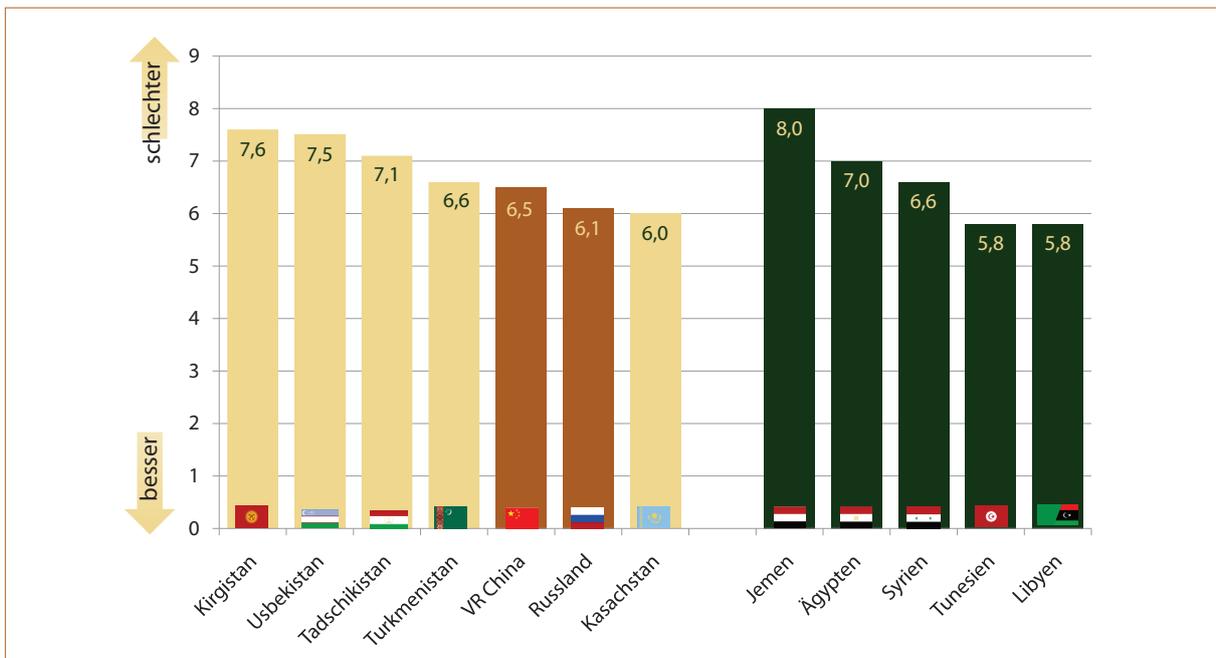
Grafik 10: Failed State Index – Soziale Indikatoren



Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der jeweiligen Indikatoren.

Quelle: The Failed States Index 2011, S. 29–33, <http://www.fundforpeace.org/global/?q=cr-11-14-fs>

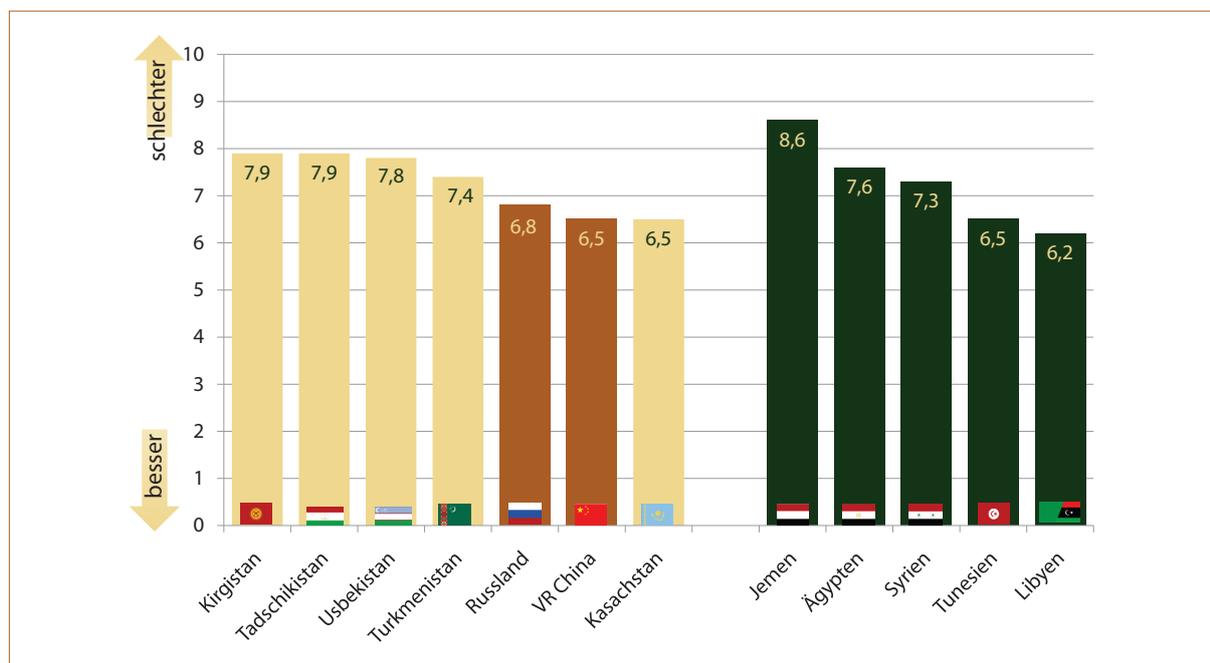
Grafik 11: Failed State Index – Wirtschaftliche Indikatoren



Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der jeweiligen Indikatoren.

Quelle: The Failed States Index 2011, S. 29–33, <http://www.fundforpeace.org/global/?q=cr-11-14-fs>

Grafik 12: Failed State Index – Politische und militärische Indikatoren



Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der jeweiligen Indikatoren.

Quelle: *The Failed States Index 2011*, S. 29–33, <http://www.fundforpeace.org/global/?q=cr-11-14-fs>

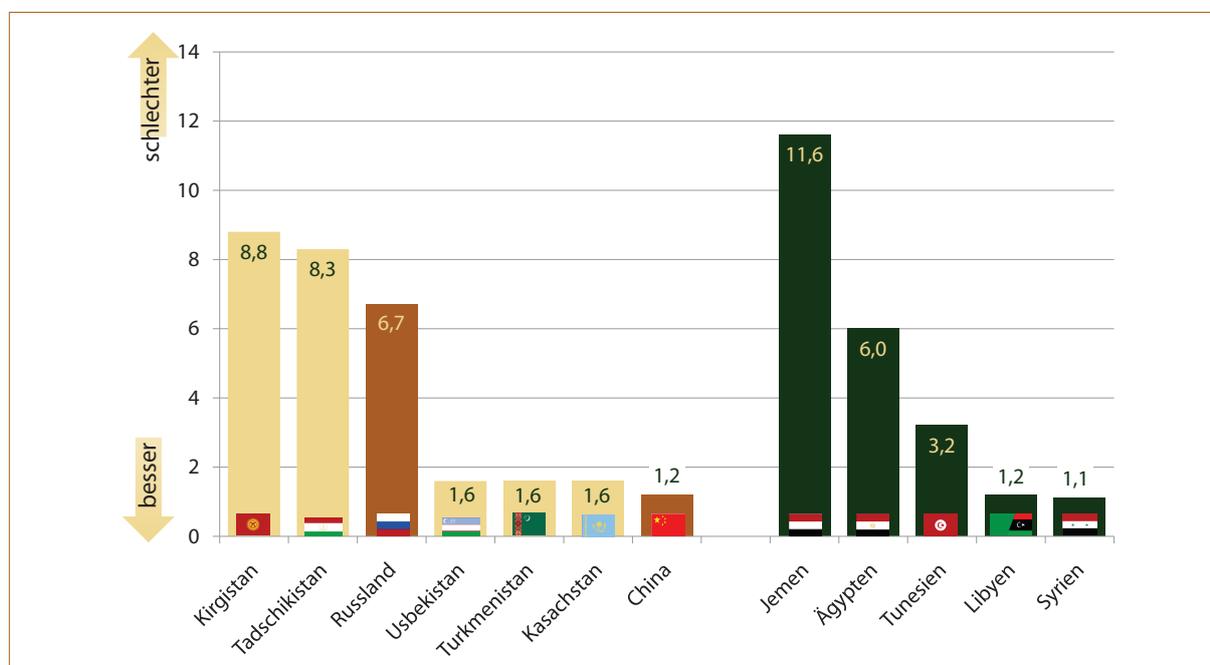
Tabelle 4: Failed States Index – Übersicht über die Gesamtnoten für die zentralasiatischen Staaten 2005–2011

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
China	6	6,9	6,8	6,7	7	6,9	6,7
Kasachstan	6,5	6	6	6	6	6	5,9
Kirgistan	6,7	7,5	7,4	7,4	7,4	7,4	7,7
Russland	7	7,3	6,8	6,7	6,7	6,6	6,5
Tadschikistan	7,2	7,3	7,4	7,4	7,5	7,4	7,4
Turkmenistan	6,4	7,2	7,3	7,2	7	6,9	6,6
Usbekistan	7,8	7,9	7,8	7,8	7,7	7,5	7,4
Ägypten	7,4	7,5	7,4	7,4	7,4	7,3	7,2
Jemen	8,3	8	7,8	8	8,2	8,3	8,4
Libyen	6,7	5,7	5,8	5,8	5,8	5,8	5,7
Syrien	7,6	7,4	7,4	7,5	7,5	7,3	7,2
Tunesien	6,4	5,5	5,5	5,5	5,7	5,6	5,8

Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der jeweiligen Indikatoren.

Quelle: <http://www.fundforpeace.org/>

**Grafik 13: The Peace and Conflict Instability Ledger – Werte 2010**  
(auf der Basis von Daten für 2007)



Je höher der Wert, desto höher das Instabilitätsrisiko, ohne Obergrenze. Der Spitzenreiter ist Afghanistan mit 38,9.

Quelle: <http://www.cidcm.umd.edu/pc/>

## ANALYSE

### Ein Hauch von Frühling...

#### Die Medienlandschaft in Kirgistan ein Jahr nach der April-Revolution

Von Thomas Völker, Magdeburg / Almaty

#### Zusammenfassung

Die Freiheit der Arbeit von Journalisten ist immer auch ein wichtiger Indikator für den Grad der Demokratisierung eines Staates. Kirgistan ist diesbezüglich ein zerrissenes Land, welches sich zwischen Fortschritten und Rückfällen hin und her bewegt und auch in dieser Hinsicht stark von den Nachwirkungen der Unruhen in Osch im Juni 2010 gekennzeichnet ist. Eine wichtige Richtungsentscheidung wird vermutlich die Präsidentschaftswahl im Oktober sein.

**K**irgistan befindet sich momentan in einer Periode des Wandels. Infolge des Umsturzes im April 2010 kam es zu einem gesellschaftlichen Aufbruch, der mehr Freiheiten und den erneuten Beginn einer Demokratisierung des Landes nach sich zog. Dieser Prozess muss jedoch nach wie vor als sehr fragil betrachtet werden. In welche Richtung sich Kirgistan entwickeln wird –

Demokratisierung oder Rückfall in autoritärere Herrschaftsformen – scheint weitestgehend offen.

Die kirgisische Presselandschaft spiegelt dieses Bild: Hoffnungen und gewissen Fortschritten auf der einen Seite stehen krude Berichterstattung, Verfolgung von Medienvertretern und die Dominanz von interessengeleitetem Journalismus auf der anderen Seite gegenüber.

Der nachfolgende Bericht versucht einige aktuelle Entwicklungslinien in der kirgisischen Medienlandschaft aufzuzeigen. Er stützt sich dabei auf eigene Beobachtungen und fünfzehn Interviews, die im Rahmen eines Rechercheprojektes für das Goethe-Institut Almaty im Juni 2011 mit bei staatlichen und privaten, traditionellen und neuen Medien beschäftigten Journalisten sowie Vertretern von Medien-NGOs in Bischkek und Osch geführt wurden.

### Verbreitung unterschiedlicher Medien

Die Medienlandschaft Kirgistans bietet eine Vielzahl von Zeitungen, Radiostationen und Fernsehern. Von den mehr als 2000 registrierten Printmedien erscheinen etwa 200 regelmäßig, die fast alle in Bischkek gedruckt und von dort in Umlauf gebracht werden. Fernsehen und Rundfunk gibt es in staatlicher und privater Hand, sowohl in nationaler als auch lokaler Ausprägung. Die das Land dominierenden Hochgebirge machen den Empfang aber oft unmöglich. Des Weiteren können russische, usbekische und kasachische Programme in Teilen des Landes empfangen werden.

Trotz der grundsätzlichen Vielfalt der Medien ist selbstständige Informationsgewinnung aus der persönlichen Rezeption derselben für weite Teile der kirgisischen Bevölkerung nicht regelmäßig möglich. Jenseits der Großstädte Bischkek und Osch, in denen der Zugang zu Medien kein logistisches Problem darstellt, ist vor allem der ländliche Raum medial unterversorgt. Dort lebt allerdings die Mehrheit der kirgisischen Bevölkerung. Schätzungen, dass bis zu 40 % der Kirgisen ihre Informationen vor allem aus Mund-zu-Mund-Propaganda beziehen, scheinen durchaus glaubhaft. Dies stellt nicht nur ein Problem für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft dar, für die der umfassende Zugang zu Informationen eine wesentliche Voraussetzung ist, sondern auch für die Medien selbst. Sogar überregionale Zeitungen erscheinen mit nur geringen Auflagen von einigen tausend Exemplaren, was oftmals weder einen Selbsterhalt über den Verkauf, noch über den Anzeigenmarkt erlaubt. Lokale Zeitungen in kleineren Städten sind auch deshalb zumeist anteilig oder zu 100 % staatlich finanziert.

Versucht man ein Ranking der wichtigsten Informationskanäle in Kirgistan zu erstellen, so ist in ländlichen Gebieten nach der mündlichen Weitergabe von Nachrichten nach Einschätzung mehrerer Gesprächspartner das Radio die dominante Medienform, gefolgt vom Fernsehen. Mit einigem Abstand folgen dann Printmedien, während der Anteil von Internetmedien gegen Null tendiert. Ganz anders ist dies im städtischen Kontext, vor allem in Bischkek und Osch, weil Medien dort allgegenwärtig sind. Hier findet die Hauptrezeption

laut Umfragen über das Fernsehen statt, dicht gefolgt vom Radio. Zeitungen und Internet sind stets verfügbar und spielen auch deshalb eine bedeutend größere Rolle. Vor allem das Internet erlebt in den Städten ein rasantes Wachstum, Internetcafés können sich nie über mangelndes, vor allem junges, Publikum beklagen. Dennoch sollte man das Internet als mediale Informationsquelle auch in den Städten nicht überschätzen: Im Alltag nutzen nur etwa 1 % der Kirgisen das Internet regelmäßig und viele suchen dabei eher Spaß und Unterhaltung als Informationen.

### Journalisten als Berufsgruppe

Kirgisische Journalisten berufen sich, fragt man sie nach der Grundlage ihrer Tätigkeit, zumeist auf die so genannten »internationalen Standards«. Diese beinhalten das traditionelle westliche Selbstverständnis, quasi ein Berufsethos, der journalistischen Arbeit: Artikel sollten auf eigener Recherche und nachvollziehbaren Fakten beruhen, Quellen sind zu schützen, aber zugleich kenntlich zu machen und kritisch zu bewerten und Kommentar und Meldung sind sprachlich klar voneinander zu trennen – um nur einige wichtige zu benennen.

Nach Meinung breiter Teile der kirgisischen Gesellschaft, aber auch der Beurteilung von kirgisischen Journalisten übereinander, genügen kirgisische Medienvertreter diesen Ansprüchen oft nicht. Sie gelten als einer seriösen Berichterstattung unfähig, interessengeleitet und korrupt. Diese Einschätzung kommt oftmals nicht von ungefähr, denn viele Journalisten, wenn auch selbstredend nicht alle, leiden unter den Folgen einer im internationalen Vergleich ungenügenden Ausbildung und werden zudem schlecht bezahlt.

Beides hat direkte Auswirkungen auf ihre Befähigung und Motivation. Viele der besser ausgebildeten Journalisten arbeiten wegen der bedeutend höheren Bezahlung lieber in PR-Agenturen oder in Medien, die gut zahlen, aber sich dem Willen von Interessensgruppen beugen und eine entsprechend einseitige Berichterstattung pflegen. Die verbliebenen Journalisten scheinen teilweise schlicht nicht fähig, zwischen Gerücht und Nachricht zu unterscheiden. Anders lässt es sich kaum erklären, dass Zeitungen in Bischkek beispielsweise den Tsunami, der die Atomkatastrophe von Fukushima verursachte, als amerikanisches Attentat auf die japanische Wirtschaft deklarierten.

Medien-NGOs, wie das »Media Support Center Bishkek« oder das »Osh Media Resource Center«, können mit ihren begrenzten Mitteln diesem Problem kaum begegnen. Ihre Trainings und Seminare richten sich zudem meistens an Jugendliche und Studenten, um der nächsten Generation von Journalisten einen besseren Start zu bieten. Dieser Ansatz zeitigt auch durchaus

Erfolge: Gerade Nachwuchsjournalisten zeigten sich in Gesprächen besonders motiviert und kritisch gegenüber den etablierten Strukturen, hier hat die Situation vom April 2010 oft als Katalysator gedient. Es bleibt allerdings die Frage, ob es ihnen gelingt mit dieser Einstellung Teil des regulären Medienbetriebes zu werden und diesen zu verändern oder ob Eigentümer und Chefredakteure lieber weiter auf opportunistische Kräfte setzen werden.

### **Aufbruch und Euphorie nach dem April 2010...**

Ein schlichtes »Weiter so« war in der Medienlandschaft nach der Revolution vom April 2010 unmöglich. Große Teile der traditionellen Presse haben sich damals als unfähig erwiesen, die Ereignisse zu reflektieren und zu kommentieren, sie blieben schlicht stumm. Das staatliche Fernsehen sendete die Bilder vom Kampf um das Weiße Haus, den Präsidentenpalast in Bischkek, ganztägig live – aber ohne Tonspur. Dieses Versagen reflektiert den Zustand vieler Medien am Ende der Herrschaft Kurmanbek Bakijews, die entweder im immer enger werdenden Schraubstock der direkten Kontrolle durch den Staatsapparat standen oder sich als Oppositionsmidien mehr oder minder Verfolgung ausgesetzt sahen. Diese strikte Trennung in Pro-Regierungs- beziehungsweise Präsidentenpresse und Opposition ist mit dem Beginn der Demokratisierung im letzten Jahr aufgebrochen worden.

Stattdessen entwickelte sich sehr schnell eine umfassende Pressefreiheit, die maßgeblich von Rosa Otunbajewa als Übergangspräsidentin gestützt wurde und die die formal im Pressegesetz von 1994 festgeschriebene Freiheit der Medien in die Tat umsetzte und damit ein sehr liberales Pressewesen nach amerikanischem Vorbild ermöglichte.

Auf Veranlassung der Präsidentin wurden als eine der ersten Maßnahmen nach der April-Revolution die staatlichen Medien einer strengen Reform unterworfen: Die staatliche Fernseh- und Rundfunkgesellschaft (OTRK) bekam einen Aufsichtsrat, der sich fast ausschließlich aus Vertretern US-amerikanischer Medien-NGOs zusammensetzt und unter dem Vorsitz des ehemaligen Chefredakteurs des kirgisischen Ablegers von Radio Free Europe / Radio Liberty steht. Dieser erhielt die explizite Aufgabe aus dem Staatsunternehmen eine öffentlich-rechtliche Medienanstalt zu formen. Auch wurden Chefredakteure wichtiger staatlicher Zeitungen ausgetauscht. Gleichzeitig wurden Lizenzen für private Medien im großen Maße vergeben und informelle Formen staatlicher Zensur, wie Besuche von und Überwachung durch die kirgisischen Sicherheitsorgane, beseitigt.

Diese Schritte wurden und werden bis heute von Medienvertretern begrüßt. Der Staatsapparat erscheint nicht mehr als die entscheidende hemmende Kraft für die Entwicklung eines freien Journalismus. Doch haben die Liberalisierungen gleichzeitig andere, nicht intendierte Folgen gezeigt, die journalistisches Arbeiten, aber auch Leib und Leben von Journalisten bedrohen.

### **...und aufkommende »Katerstimmung«**

Aufgrund der weiter oben geschilderten desolaten Situation des kirgisischen Medienmarktes hat die Neusortierung der Medien nach dem April 2010 es diversen reichen Einzelpersonen oder Interessensgruppen, zumeist Politikern und Geschäftsleuten, ermöglicht ganze Medien zu übernehmen oder sich in diese einzukaufen. Nun nutzen sie die ihnen gehörenden Zeitungen und Sender als ausgelagerte PR-Agenturen, geben die Richtung von Berichterstattung und Personal vor und schaffen ein vergiftetes politisches Klima, welches auf die Bekämpfung anderer politischer Gruppierungen und Minister zielt statt konstruktive und berechtigte Kritik zu formulieren.

Diese Form der »Black-PR« scheint oft schrankenlos und ist in dieser Form besorgniserregend, weil kein journalistischer Kodex existiert, der die Verfasser solcher Pamphlete an ihre gesellschaftliche Funktion zu erinnern vermag und es an kritischer Auseinandersetzung mit den von anderen Medien verfassten Berichten fehlt. Verstärkt wird dies durch so genannte »Einmalzeitungen«, die nur erscheinen, um einen bestimmten Gegner zu diffamieren. Viele Journalisten und selbst Medien-NGOs in Kirgistan sehen deshalb eine starke Gefährdung der Pressefreiheit gerade darin, dass es ein »zu viel« an Pressefreiheit gibt: Jeder schreibt, was er will und zugleich mangelt es an journalistischer Selbstkontrolle in Bezug auf die Richtigkeit und Ausgewogenheit der Berichterstattung.

Zugleich bleibt ein großer Teil der Journalisten befangen, sich investigativem Arbeiten und wirklicher Recherche zuzuwenden. Sie verharren in Selbstzensur, wenn es um die Untersuchung politischer Machenschaften und Skandale geht, statt sie aktiv aufzuklären. Hier schwingen oftmals alte und neue Ängste mit, denn kritisch-investigativen Journalisten droht in der undurchsichtigen kirgisischen Medienlandschaft, welche sich aus den verschiedenen Formen der Einflussnahme von Interessensgruppen auf die Medien ergibt, weiterhin Verfolgung. Allein für Bischkek wurden für das erste Halbjahr 2011 fünf Überfälle auf Journalisten vermeldet. Diese werden jedoch, anders als vor dem April 2010, weniger Sicherheitsorganen des Staates zugerechnet als vielmehr bezahlten Schlägern, die kritische Journalisten einschüchtern sollen, die den Einfluss der oben beschrie-

benen Interessensgruppen auf die Entwicklung Kirgistan aufdecken wollen. Dennoch empfanden fast alle interviewten Medienvertreter eine Verbesserung ihres Arbeitsklimas und ein Mehr an Freiheit in der Berichterstattung, weil sie die von einzelnen mafiösen Strukturen in der Elite ausgehende Bedrohung als weniger gefährlich empfinden als die staatliche Kontrolle und Verfolgung durch Sicherheitsorgane unter Kurmanbek Bakijew.

### **Die Unruhen in Osch und ihre Folgen für die Medien im Süden**

Die Situation in Osch hat allerdings in weiten Strecken eine ganz andere Entwicklung erfahren. Die blutigen Auseinandersetzungen im Juni 2010 haben die Arbeit und teilweise auch das Leben für Journalisten in der Region bedeutend erschwert. Die nationalistische Rhetorik, die in der kirgisischen Politik im Moment immer wirkmächtiger wird und die den ethnischen Usbeken im Süden des Landes die Hauptverantwortung für die Gewalt zuspricht, hat besonders auch kritische Journalisten, und hier nochmals besonders Journalisten mit ethnisch usbekischer Herkunft, zu Sündenböcken erkorren. Im Ergebnis werden seit Juli 2010 die wichtigsten usbekischsprachigen Medien, welche die große usbekische Minderheit in Kirgistan, aber auch das ganze Fergana-Tal, mit Nachrichten versorgten, von kirgisischen Einflussgruppen kontrolliert.

Das bekannteste Beispiel für diese Situation ist Osch TV. Der bedeutende Kanal mit über einer Million Zuschauern täglich, der früher vor allem in usbekischer Sprache sendete, wechselte nach den Unruhen im Juni und einer zeitweiligen staatlichen Schließung den Besitzer und berichtet nun ausschließlich auf kirgisisch und russisch. Der frühere Eigentümer ethnisch usbekischer Herkunft ist in die USA geflohen und wartet dort auf den Ausgang eines Verfahrens, das ihm u. a. Aufwiegelung der usbekischen Minderheit vorwirft. Andere regionale usbekischsprachige Medien wurden komplett geschlossen, so dass dem usbekischsprachigen Teil der Bevölkerung fast keine in Kirgistan erscheinende Berichterstattung in ihrer Sprache mehr zur Verfügung steht und Journalisten, deren Hauptsprache Usbekisch ist, in ihrer Existenz gefährdet sind.

Die Ausschaltung usbekischer Medien im Süden des Landes ist Teil eines Prozesses, der aus dem Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse in Osch resultiert. Offizielle Regierungsstellen sehen in den Juni-Unruhen vor allem einen usbekischen Aufstand für mehr Autonomie und damit eine staatsgefährdende Handlung, während unabhängige Untersuchungen diese Interpretation weitestgehend ablehnen. Um die eigene Betrachtungsweise in den Köpfen der Bevölkerung zu zementieren,

wird jede Form von Kritik abgelehnt. So haben offizielle Stellen nicht nur den Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den Ereignissen in Osch in allen Kernpunkten zurückgewiesen, zudem wurde der Vorsitzende der Kommission, Kimmo Kiljunen, durch das kirgisische Parlament zur »Persona non grata« erklärt. Medienpolitisch fand dies seine Fortsetzung und seinen bisherigen Höhepunkt im Verbot des Internet-Nachrichtenportals fergana.ru durch das Parlament Mitte Juni, weil dessen kritische Berichterstattung laut Beschlusslage »Hass schüre«. Rosa Otunbajewa Ankündigung dieses Gesetz zu blockieren, zeigt erneut ihr persönliches Engagement für Pressefreiheit in Kirgistan, verheißt aber zugleich aufgrund der weitestgehenden Singularität ihrer Wortmeldung nichts Gutes für die anstehenden Präsidentschaftswahlen.

### **Ausblick: Präsidentschaftswahlen und was dann?**

Die aktuellen Trends in der Medienpolitik Kirgistan sind besorgniserregend. Eine der Hauptursachen für die zunehmend auftretenden Konflikte dürften die für den 30. Oktober 2011 angesetzten Präsidentschaftswahlen sein. Im Rahmen des Wahlkampfes wird »Black-PR« einen immer größeren Stellenwert erhalten, um politische Gegner und Konkurrenten gezielt zu beschädigen. Da Rosa Otunbajewa nicht wieder antreten wird, ist die Frage nach dem zukünftigen Präsidenten der Kirgisischen Republik vollkommen offen und damit auch der Weg, welchen das Land allgemein und auch speziell in den Fragen der Pressefreiheit nehmen wird. Aktuelle Versuche von Teilen des Parlaments, den nach dem April-Umsturz neu geschaffenen Aufsichtsrat der OTRK stärker unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, könnten ein weiteres Warnzeichen sein, dass Politik sich wieder vermehrt in mediale Berichterstattung einmischen will. Die Zivilgesellschaft dürfte sich als zu schwach erweisen, um ein allmähliches Zurückdrehen von journalistischen Rechten zu verhindern, sollte der neue Präsident eher dem Vorbild Bakijews als dem Rosa Otunbajewas folgen.

Dennoch gibt es auch Anlass zur Hoffnung: Die Ereignisse vom April 2010 haben bedeutende Teile der Gesellschaft wieder verstärkt politisiert und besonders viele junge Leute motiviert sich kritisch und journalistisch zu betätigen. Die in den Städten teils rasante Zunahme der Verbreitung des Internets wird es gerade der neuen Generation erlauben sich weiterhin zu artikulieren, selbst wenn Repression auch von staatlicher Seite wieder zunehmen sollte. Anders als zum Beispiel in Usbekistan oder Turkmenistan boten sich in Kirgistan Journalisten stets gewisse Spielräume, um zumindest in Teilen kritische Distanz zu offiziellen politischen Linie

zu wahren. Und: Fast alle interviewten Medienvertreter in Bischkek, aber auch in Osh, beschrieben die aktuelle eigene Arbeitssituation, als besser denn unter Bakijew.

Ob aber aus dem zarten Medien-Frühling ein warmer Sommer wird oder ob der Winter zurückkehrt und

die neuerworbenen politischen Freiheiten wieder eingeführt, ist momentan nur schwer abzuschätzen.

#### Über den Autor:

Thomas Völker ist Student im Master-Studiengang »Friedens- und Konfliktforschung« an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und absolviert derzeit ein Praktikum am Goethe-Institut Almaty mit dem Arbeitsschwerpunkt Kirgistan.

#### Lesetipps:

- Local authorities take over Osh TV after national security raid and director's dismissal, Reporters without Borders, 20. Juli 2010, = <http://en.rsf.org/kirghizistan-local-authorities-take-over-osh-tv-20-07-2010,37983.html>
- Media owners prosecuted, forced out of Kyrgyzstan; Committee to Protect Journalists, 13. Mai 2011, = <http://www.cpj.org/2011/05/media-owners-criminally-prosecuted-forced-out-of-k.php>
- Alexander Wolters, The Changing Media Landscape in Kyrgyzstan and Central Asia, Ina global, 29.3.2011, = <http://www.inaglobal.fr/en/ideas/article/changing-media-landscape-kyrgyzstan-and-central-asia>
- David Trilling, Who's Checking Parliament? Eurasianet.org, 21. Juni 2011, = <http://www.eurasianet.org/node/63713>

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

### Die wichtigsten nationalen Medien Kirgistans

Tabelle 1: Die wichtigsten nationalen Zeitungen							
				Auflage	Erscheinungsweise	Gruendungsjahr	
Wet-schernyj Bischkek	privat	Bischkek	russisch	46.000	täglich	1974	<a href="http://www.vb.kg">www.vb.kg</a>
Slowo Kirgistana	staatlich	Bischkek	russisch	5.000	wöchentlich	1925	<a href="http://www.slovo.kg">www.slovo.kg</a>
Delo No.	privat	Bischkek	russisch	30.000?	wöchentlich	1991	<a href="http://www.delo.kg">www.delo.kg</a>
Tabelle 2: Die wichtigsten nationalen Fernsehsender							
NTRK (erstes Programm)	staatlich	Bischkek + regionale Abteilungen	kirgisisch und russisch				
KTR (zweites Programm)	staatlich	Bischkek + regionale Abteilungen	kirgisisch und russisch				
NTS	privat	Bischkek + regionale Abteilungen	kirgisisch und russisch				<a href="http://www.nts.kg">www.nts.kg</a>
NBT	privat	Bischkek + regionale Abteilungen	kirgisisch und russisch				<a href="http://www.nbt.kg">www.nbt.kg</a>
Zusammengestellt von Thomas Völker							

## Reporter ohne Grenzen Rangliste der Pressefreiheit

Tabelle 3: Reporter ohne Grenzen Rangliste der Pressefreiheit

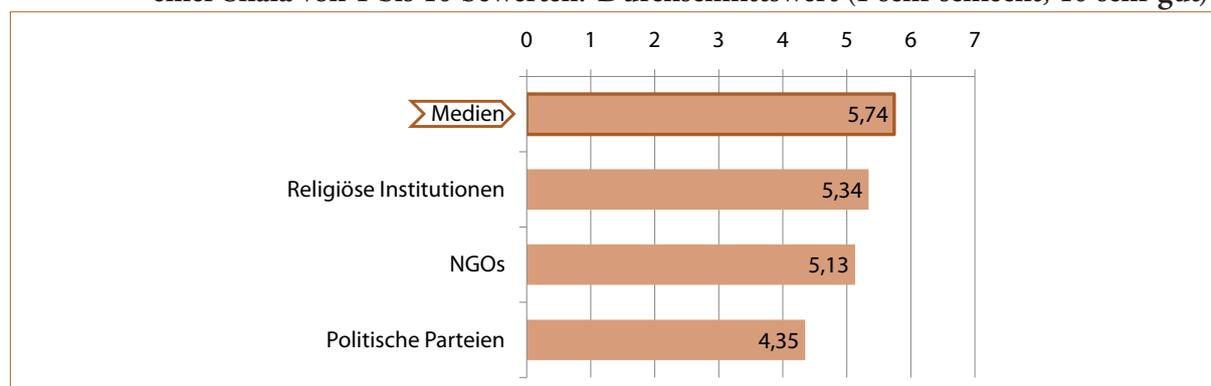
	2008		2009		2010	
	Indexwert	Platzierung	Indexwert	Platzierung	Indexwert	Platzierung
Kasachstan	35,33	125	49,67	142	68,5	162
Kirgistan	27	111	40	125	63	159
Tadschikistan	25,5	106	32	113	34,5	115
Turkmenistan	95,5	171	107	173	95,56	176
Usbekistan	62,7	162	67,67	160	71,5	163

Anm.: Ein Indexwert von 0 bedeutet, dass es keine Verletzungen der Pressefreiheit gibt.

Quelle: Reporter ohne Grenzen Rangliste der Pressefreiheit, <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/die-neue-rangliste-2010.html>

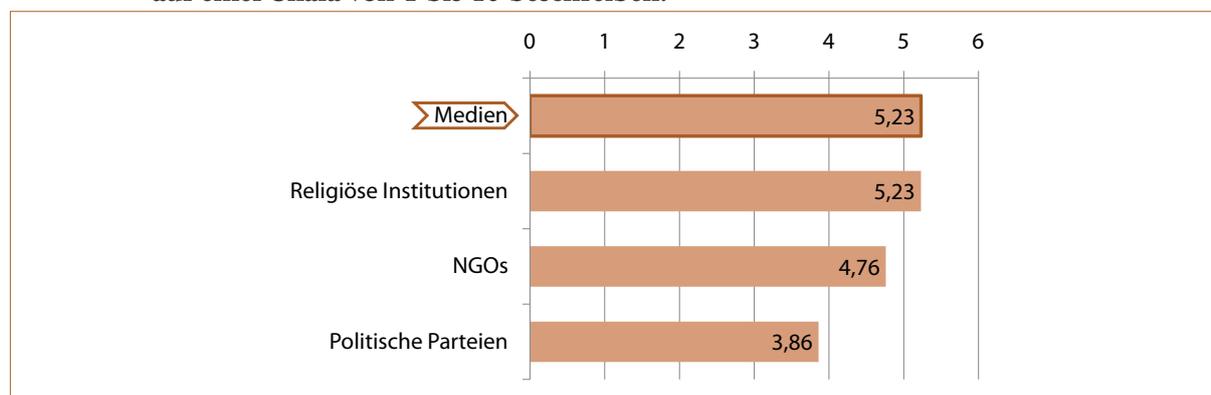
## Das Verhältnis zu Massenmedien nach einer Meinungsumfrage 2010

Grafik 1: Wie würden Sie die Arbeit dieser Organisationen und öffentlichen Institutionen auf einer Skala von 1 bis 10 bewerten? Durchschnittswert (1 sehr schlecht, 10 sehr gut)

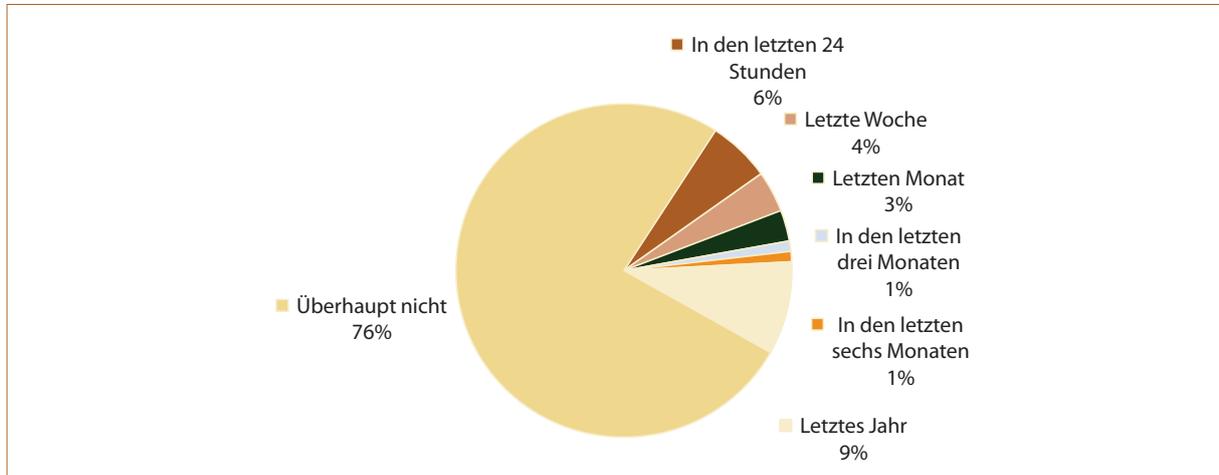


Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 52, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

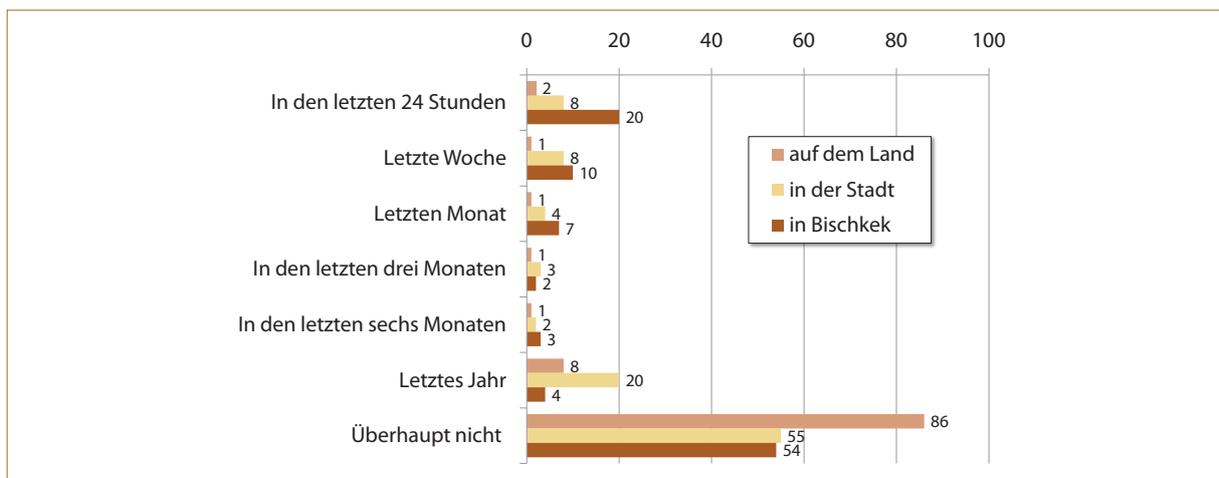
Grafik 2: Wie würden Sie Ihr Vertrauen in diese Organisationen und öffentliche Institutionen auf einer Skala von 1 bis 10 beschreiben?



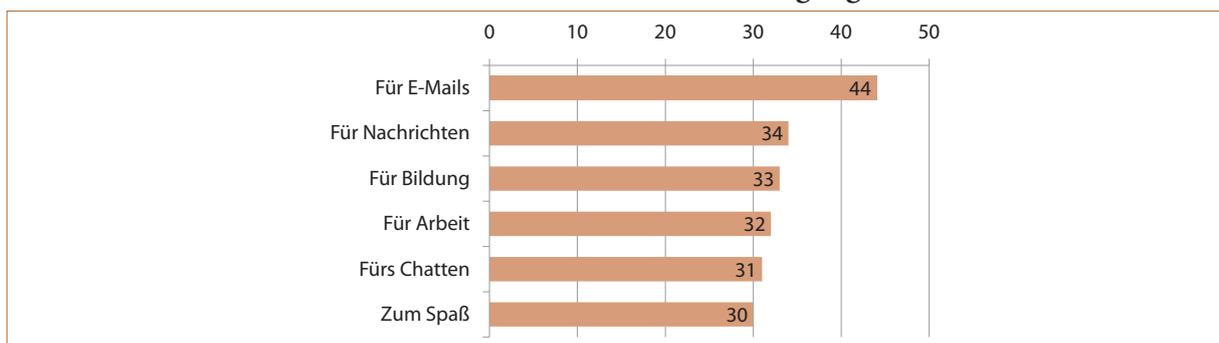
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 54, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

**Grafik 3: Wann haben Sie das letzte Mal das Internet benutzt? (in %)**

Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 63, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

**Grafik 4: Wann haben Sie das letzte Mal das Internet benutzt? (nach Wohnort) (in %)**

Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 64, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

**Grafik 5: Für welchen Zweck nutzen Sie das Internet? (Befragung von 221 Internetnutzern)**

Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 65, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

## Mehr Gefahr als Chance? Pressestimmen zur bevorstehenden Präsidentenwahl in Kirgistan

Am 30. Juni hat das kirgisische Parlament den lange erwarteten Termin für die anstehende Präsidentenwahl auf den 30. Oktober dieses Jahres und damit den laut Verfassung spätest möglichen Zeitpunkt festgelegt. Diese Wahl wird als Endpunkt des politischen Wandels nach der April-Revolution betrachtet, denn die derzeitige Präsidentin Rosa Otunbajewa wurde im April letzten Jahres als Nachfolgerin des vertriebenen Präsidenten Kurmanbek Bakijew von der Übergangsregierung eingesetzt und Ende Juni gleichzeitig mit der neuen Verfassung per Referendum, also ohne Gegenkandidaten, bis Ende 2012 von der Bevölkerung im Amt bestätigt. Überdies war Otunbajewas Ernennung an die Voraussetzung geknüpft, dass sie nur als Übergangspräsidentin amtiert und sich danach nicht wieder um das Amt bewirbt. Sie hat bereits erklärt, dass sie sich an die Vorgabe zu halten beabsichtigt. Als Ergebnis der bevorstehenden Wahl wird also voraussichtlich erstmals nicht nur in Kirgistan, sondern in ganz Zentralasien, ein amtierender Präsident seine Vollmachten an einen demokratisch legitimierten Nachfolger übergeben. Der 30. Oktober als Chance für die Demokratie in Kirgistan, das ist die offizielle Darstellung.

Im Wahlvolk, so es nicht sowieso jeden Glauben und jedes Interesse an Politik und Wahlen verloren hat, scheint Sorge zu überwiegen. Und auch die Vertreter vieler Medien, die in Kirgistan zwar nicht frei im westlichen Maßstab, aber doch freier als in allen anderen zentralasiatischen Staaten ihren Standpunkt publizieren können, sind sehr skeptisch. Sie sehen den Wahlkampf wie auch die Wahl selbst und ihr Ergebnis vor allem als Gefahr: Sowohl um den Wahltermin und die Verabschiedung der damit verbundenen Gesetze als auch um die Wahl der Mitglieder der neuen Zentralen Wahlkommission hatte es politische Geplänkel und Intrigen zwischen Parlament und Präsidentin, aber auch zwischen Parlamentariern gegeben, die nichts Gutes für den Wahlkampf erwarten lassen. Zurzeit deutet alles auf eine sehr hohe Zahl von Kandidaten hin. Die verfassungsmäßige Frist für die Anmeldung einer Bewerbung endet erst am 16. August, aber schon jetzt (Stand 27.7.2011) haben 24 Kandidaten ihr Interesse bei der Zentralen Wahlkommission offiziell angemeldet, unter ihnen mehrere Mitglieder der Regierung, Führer der Parlamentsfraktionen, selbst mehrere Mitglieder einer Partei, außerdem viele sog. Selbsternannte (ohne Unterstützung einer Partei). Man kann also davon ausgehen, dass bis Ende Oktober keinerlei konstruktive Regierungsarbeit in der sowieso schon zerstrittenen Regierung und dem ebenso zerstrittenen Parlament stattfinden wird. Selbst wenn nicht alle Interessierten die verfassungsmäßigen Bedingungen erfüllen können und daher nicht zur Wahl zugelassen werden und auch wenn Kandidaten noch Bündnisse schließen, wird doch im Endeffekt eine relativ hohe Zahl von Namen auf dem Wahlzettel stehen. Dies birgt die Gefahr einer extremen Zersplitterung der Stimmen. Die größte Gefahr sehen Beobachter aber für die Stabilität und Einigkeit des sowieso schon schwachen Staates im Wahlkampf. Sie fürchten, dass er zu einer noch stärkeren, den Staat gefährdenden Spaltung des Landes in Norden und Süden, nach regionaler und ethnischer Herkunft etc. führen wird. Und sie fürchten, dass die Wahl in ihrem schwachen Staat äußere Akteure, namentlich Russland, auf den Plan rufen könnte.

Selbst wenn Wahlkampf, Wahltag und Amtsübergabe ohne größere Probleme ablaufen sollten, ist nach Einschätzung der Skeptiker die parlamentarische Demokratie in Kirgistan keineswegs gesichert. Der neue Präsident wird, wie schon Otunbajewa, entsprechend der neuen Verfassung bedeutend weniger Macht haben, als seine Vorgänger Kurmanbek Bakijew und Askar Akajew (am Ende seiner Amtszeit): Es bleibt abzuwarten, ob er sich damit abfinden wird. Es gibt jetzt schon Stimmen, die angesichts der derzeitigen Erfahrung mit einer schwachen Koalitionsregierung und einem kaum arbeitsfähigen Parlament einen neuen starken Mann fordern.

Die folgenden Auszüge aus Artikeln kirgisischer Journalisten in kirgisischen und russischen Medien sind insofern keine Extrembeispiele, sondern geben eher eine allgemein verbreitete Stimmung wider.

*Beate Eschment*

## Alle zur Wahl

### Kirgistan wird einen Präsidenten aus dem Süden und dem Norden wählen

Kommersant-Online, 2.7.2011

<http://www.kommersant.ru/doc/1672196>

*Von Kabaj Karabekow*

Bevor das kirgisische Parlament gestern in die Ferien ging, hat es den Termin der Präsidentschaftswahlen auf den 30. Oktober dieses Jahres festgelegt. Erstmals wird das amtierende Staatsoberhaupt nicht an dem bevorstehenden Wahlkampf teilnehmen: Rosa Otunbajewa legt freiwillig ihre Vollmachten nieder und wird, wie sie selbst formuliert hat, ihre Zeit Spaziergängen auf dem zentralen Boulevard Bischkeks widmen. Unterdessen sind mindestens fünf Politiker bereit, in den Kampf um das wichtigste Amt im Land einzutreten, unter ihnen sind sowohl Anhänger des vor einem Jahr gestürzten Präsidenten Kurmanbek Bakijew als auch die Revolutionäre, die ihn gestürzt haben.

[...]

Obwohl der Wahlkampf noch nicht begonnen hat, ist die Vorbereitung für die Wahlen bereits im Gange. Beinahe jeder Bezirk der Republik ist bereit, eine eigene Kandidatur anzumelden. Allerdings, ernsthafte Beachtung verdienen höchstens fünf Politiker des Landes. Es wird erwartet, dass der Kampf sich zwischen den Revolutionären und denen, die weiterhin zu den Anhängern des Ex-Präsidenten Bakijew gezählt werden, entwickelt. Deshalb kann sich der Wahlkampf leicht in eine Konfrontation zwischen dem Norden und Süden des Landes verwandeln.

Als Favorit des Nordens gilt der jetzige Premier Almasbek Atambajew. Er war eine der wichtigsten handelnden Personen der April-Revolution letzten Jahres. Seine Mannschaft ist in der Lage, die notwendigen finanziellen Mittel für die Durchführung einer erfolgreichen Wahlkampagne aufzubringen. Dies umso mehr, als ein anderer Vertreter des Nordens – General Feliks Kulow, erklärt hat, dass er bei den bevorstehenden Wahlen nicht kandidieren wird. Auf die Schlacht bereitet sich außerdem der ehemalige Finanzminister der Übergangsregierung, Temir Sarijew, vor, der die hoch gepuschte Partei »Ak Schumkar« zu seinen Aktivposten zählen kann.

Ambitionen auf das Amt des Präsidenten haben auch Vertreter der südlichen Regionen angemeldet. Im Grunde genommen hat der Parteiführer von »Butun Kirgistan«, Adachan Madumarow, der seine Antipathie gegen die neue Macht nicht verbirgt, seinen Wahlkampf schon begonnen. Die anderen Anwärter aus dem Süden bilden im Wesentlichen das Gerüst der Partei »Ata-Schurt«. Das ist der bekannte Abgeordnete Marat Sultanow, der in den Regierungen der beiden gestürzten Präsidenten, Askar Akajew und Kurmanbek Bakijew, gearbeitet hat. Im Wahlkampf plant er, sich die Unterstützung von Politikern aus dem Norden wie dem Ex-Bürgermeister von Bischkek, Nariman Tjulejew, zu sichern. Den Wunsch, um den Sessel des Staatsoberhauptes zu kämpfen, verbirgt auch der Fraktionschef von »Ata-Schurt«, Kamtschibek Taschijew, nicht. Allerdings könnte das kürzliche Handgemenge in den Mauern des Parlaments, bei dem er seinen aus dem Norden stammenden Parteifreund Bachadyr Sulejmenow verprügelt hat, seiner Reputation schaden. Die Generalstaatsanwaltschaft wandte sich in diesem Fall sogar mit der Bitte an das Parlament, dem Abgeordneten Taschijew die Immunität abzuerkennen. Schließlich musste der Anführer von »Ata-Schurt«, um die Folgen des Skandals zu mindern, seinen verprügelten Kollegen öffentlich um Verzeihung bitten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch ein anderer Führer von »Ata-Schurt« an den Wahlen teilnimmt – der Sprecher Achmatbek Keldibekow.

Der Ausgang der Wahlen wird vor allem davon abhängen, ob die Prätendenten auf den wichtigsten Posten die einflussreichen Politiker des Nordens und des Südens unter ihren Bannern vereinen können. Wenn das nicht gelingt, wovon Experten warnen, wird man in Kirgistan zwei Präsidenten wählen müssen – einen des Nordens und einen des Südens.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Präsident.kg: In die Arena werden gebeten...

Wird die Wahl des Staatsoberhauptes Kirgistan von innen »sprengen«?

Nachrichtenagentur 24.kg, 4.7. 2011

<http://www.24kg.org/election2011/104272-prezidentkg-na-arenu-vyzyvayutsyahellip.html>

*Von Danijar Karimow*

[...]

Je näher der vereinbarte Termin (der Präsidentenwahl, Anm. der Übers.) rückt, desto klarer wird: Im Grunde genommen gibt es keine Favoriten in dem sich abzeichnenden Rennen. Die ehemaligen Oppositionellen gegen Kurmanbek

Bakijew verlieren, seit sie mit Macht ausgestattet sind, ständig Punkte. Sogar die berüchtigten administrativen Ressourcen können nicht als Garant für einen Wahlsieg dienen. Der Staatsapparat ist durch Kämpfe und Unstimmigkeiten innerhalb der regierenden Koalition, durch das Fehlen von Garantien, desorientiert.

Wenn man vom bekannten Set potentieller Kandidaten ausgeht, wird das vierte Staatsoberhaupt, welche Partei oder Gruppe es auch immer repräsentieren wird, eine größere Gereiztheit bei den politischen Spielern hervorrufen als seine Vorgängerin. Rosa Otunbajewa ist, ungeachtet ihrer scheinbar wankenden Position, von Ansprüchen auf ihre Macht abgeschirmt. Sie ist eine Figur des Kompromisses, schließlich besteht ihre Hauptmission darin, einen Präzedenzfall für die friedliche Übergabe der Standarte des Präsidenten in Zentralasien zu schaffen.

Bis Juli hat Rosa Otunbajewa die Mission einer Kompromissfigur ehrenvoll erfüllt. Aber alle Tage ist kein Sonntag. Im Laufe der letzten zwei Wochen hat das Institut des Präsidenten, dem das Parlament keine Beachtung mehr geschenkt hatte, den Gesetzgebern die Zähne gezeigt. Die Handlungslogik der Mannschaft von Rosa Otunbajewa ist verständlich. Ihre Mission sieht die Durchführung einer anständigen politischen Kampagne vor. Die übrigen Spieler haben daran aber kein Interesse.

Bisher ist in der kirgisischen Arena keine Figur aufgetaucht, die die Gesellschaft zur Konsolidierung führen könnte. Kurz vor dem Wahlrennen besteht weder in der Opposition noch in der Regierungskoalition oder in den sie bildenden Parteien Einvernehmen. Es ist möglich, dass später die eine oder die andere Gruppe einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen kann. Doch selbst in diesem Fall besteht die Gefahr, dass das nur die Widersprüche in der Gesellschaft verstärkt. Die Parlamentswahlen des vergangenen Jahres haben deutlich ein Vertrauensdefizit des Volkes gegenüber der so genannten Elite gezeigt, und der Grad ihrer Popularität steigt nicht nur nicht, sondern fällt im Gegenteil rapide.

### Über Widersprüche

Einige Experten neigen zu der Meinung, dass durch die Präsidentschaftswahlen die begonnenen Verfassungsreformen zum Abschluss gebracht werden. Es gibt jedoch auch weniger optimistische Voraussagen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Wahlen als Anfang für neue Veränderungen – der Legislative und im Grunde des Regierungssystems – dienen werden. Zu viele Politiker erwiesen sich als unzufrieden mit dem geltenden Grundgesetz, und eine noch größere Zahl von ihnen hat sich daran gewöhnt, die in ihm verankerten Normen zu verletzen. Die Verfassung ist, wie die Zeit der Souveränität zeigt, kein Dokument, das man in Kirgistan liest und anbetet.

Eine neue Verfassungsreform könnte, so wird vermutet, vielleicht wegen der Erweiterung der Vollmachten des Präsidenten in die Wege geleitet werden. Eine Reihe von Politikern meint, dass Kirgistan einer starken Hand bedarf. Das heißt, im Grunde eines autoritären Herrschers. An das Schicksal zweier Präsidenten, die die Macht in ihren Händen konzentriert hatten, erinnert man sich wenig. Noch weniger erinnert man sich daran, dass die Qualität der Regierung eines Landes im hohen Maße nicht vom System als solches abhängt, sondern von den Menschen an der Macht. So mag ein naiver Kirgistaner möglicherweise früher auch vom Establishment Veränderungen erwartet haben. Aber siehe da, es sind immer noch dieselben in der Manege...

[...]

In Kirgistan spricht man bereits offen über einen Kampf zwischen den Eliten des Nordens und des Südens bei den Wahlen. Aus diesem Grund wird eine Erklärung, dass angeblich einer der einflussreichen Führer der Südländer die Kandidatur eines Nordlers unterstützen könnte, mit einer gehörigen Portion Skepsis aufgenommen – wie eine PR-Aktion oder ein Versuch, mit Hilfe einer »Marionette«, die die Interessen von Lobbyisten verfechten wird, an die Macht zu kommen. Nach den möglichen Kandidaten zu urteilen ist die Tendenz der Entstehung von politischen Fronten nach geographischem Merkmal tatsächlich gegeben. Wen auch immer das Wahlvolk wählen wird, das Problem des Regionalismus bleibt ungelöst. Jeder der Prätendenten auf die Macht (andere – »fremdstämmige« – wird man kaum zu den Wahlen zulassen) ist verbunden mit örtlichen Einflussgruppen und verteidigt so oder so ihre Interessen.

### Wessen sind Sie?

Ein ebenso wichtiger Faktor, der erwartungsgemäß auf das Rennen um die Präsidentschaft beträchtlichen Einfluss haben wird, wird der mit der Verschlechterung der ökonomischen Situation steigende äußere Einfluss sein. Eine Reihe von Kandidaten erwartet finanzielle und Informationsunterstützung von Seiten Russlands und Kasachstans. Andere versuchen diesen Faktor ein wenig zu nivellieren, indem sie danach streben, einen bisher in der KR unbekanntem Präzedenzfall zu schaffen – die Anforderungen an ausländische Medien zu verschärfen.

[...]

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Die Wendung der Ouvertüre bei den Wahlen in Kirgistan oder Erwachsenenspiele in der »ZWK«

Nachrichtenagentur Kabar, 7.7. 2011

[http://kabar.kg/index.php?option=com\\_content&showall=1&limit=15&sectionid=1&id=68&task=category&cid=21779&Itemid=1](http://kabar.kg/index.php?option=com_content&showall=1&limit=15&sectionid=1&id=68&task=category&cid=21779&Itemid=1)

*Von Sadyrbek Tscherikow*

Die Ereignisse um die Bestätigung der neuen Zusammensetzung der kirgisischen Zentralen Wahlkommission zeigen klar die unverhohlene Absicht einiger Kreise von Parlamentsabgeordneten, die vierten Präsidentschaftswahlen des unabhängigen Kirgistan zu sabotieren. Das geschieht vor dem Hintergrund mehrfacher Erklärungen von Rosa Otunbajewa über ihren aufrichtigen Wunsch, erstmals legitime Wahlen für das Staatsoberhaupt durchzuführen und vor allem ihren festen Entschluss, die Macht im Staat auf friedlichem Weg weiterzugeben.

Nebenbei bemerkt gibt es auch eine Version der Ereignisse, nach der außen stehende Player und einzelne Vertreter ausländischer Staaten, unter ihnen unsere nächsten Nachbarn, an einer maximalen Fortsetzung der Übergangszeit in Kirgistan interessiert sind. Das Beispiel unseres durch extreme Reformen weit nach vorn vorangeschrittenen Landes vor dem Hintergrund der »ewigen« Regime der Region zwingt letztere, alle möglichen Wege und Mittel zu suchen, um unser wahnsinniges reformerisches Tempo irgendwie zu zähmen. Es gibt jede Menge Argumente für solche Annahmen. Als das überzeugendste von ihnen kann man die Situation in Kasachstan nennen, die, auch wenn wir das nicht wollen, einen gefährlichen Entwicklungsstand erreichen kann.

Allerdings unterscheidet sich die Lage der postsowjetischen Präsidenten unserer Region dank des Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Bewusstseins stark von der Lage der Präsidenten und Könige Nordafrikas und des Nahen Ostens. Einfacher ausgedrückt – durch das adäquate Verhalten und das Vorhandensein eines Gefühls von Verantwortung und Selbstschutz der postsowjetischen Bürger.

[...]

Was die neue ZWK [Zentrale Wahlkommission, Anm. der Übers.] und ihren Vorsitzenden betrifft, so sind ihre Gesichter bereits nur zu gut bekannt. Wenn man sich allein nur die Skandale, die Letzteren ständig verfolgt haben, in Erinnerung ruft. Das unvorsichtige öffentliche Bekenntnis von T. Abdraimow, dass er einen geheimnisvollen Anruf erhalten habe mit der Bitte den Sitz des obersten Wählers des Landes einzunehmen, und dass er gezwungen war, diesem prophetischen Anruf Gehör zu schenken, ist bezeichnend. Vor diesem Hintergrund werden auch Bürger und Wähler, ob sie das wollen oder nicht, gezwungen sein, an der Sauberkeit der kommenden Wahlen zu zweifeln.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Bruchlinie. Elitäre »Mudschaheddin«

Wohin werden »Feldkommandeur«-Politiker Kirgistan führen?

Nachrichtenagentur 24.kg, 15.7. 2011

<http://www.24kg.org/election2011/105131-liniya-razloma-yelitarnye-laquomodzhaxedyraquo.html>

*Von Dmitrij Jarow*

Viele Experten verbergen ihre Sorge nicht: Die Präsidentschaftswahlen 2011 werden im Zeichen des Regionalismus stattfinden. Wenn sich an ihnen nicht eine Person beteiligt, die die Anerkennung als gesamtnationaler Führer beanspruchen kann, wird die Republik noch einen und möglicherweise den letzten Schritt hin zu einer vorhersagbaren Afghanisierung machen.

## Die Eigenen – die Fremden

Kirgistan wurde im Laufe der letzten Jahre eine Katastrophe gesamtstaatlichen Ausmaßes prophezeit. Der Regionalismus, der das Land in Domänen von die höchste Macht anstrebenden Politikern gespalten hat, erlaubt es einer Reihe

von Experten, eine Bewegung des Landes in Richtung Afghanisierung zu vermeiden. Vor einer derartigen Entwicklung der Ereignisse haben auch offizielle russländische Kreise gewarnt, deren Urteile in der KR mit besonderer Besorgnis wahrgenommen wurden. In Russland ist man bekanntlich um die Sicherheit des postsowjetischen Raumes, den der Kreml als Zone seiner Verantwortung betrachtet, besorgt. Die Unruhe der russländischen Führung ist durchaus berechtigt. Sie berührt unmittelbar die »elitären Vertreter« des kirgisischen Volkes, die es offiziell nach Außen vertreten.

Kirgistan bereitet sich auf die Präsidentschaftswahlen vor dem Hintergrund eines kolossalen zivilisatorischen Rückschritts vor. Zum 20. Jahrestag der Souveränität in der Republik ist immer noch keine die Bevölkerung einigende Idee aufgetaucht. Bei uns hat sich keine einige Nation bürgerlichen Typs formiert und in der Gesellschaft sind aktive Desintegrationsprozesse zu beobachten. Man teilt die Bewohner der KR nach ethnischer Zugehörigkeit, Landsmannschaft, Zugehörigkeit zu Stamm, Klan oder Flügel ein.

Es wurde versucht, dies als unbeholfene Versuche der Selbstidentifikation zu erklären, tatsächlich dient so etwas allerdings der Formierung eines Feindbildes. Es soll in einstigen Nachbarn, Verwandten, Mitbürgern gesehen werden, die mit irgendetwas bei dem einen oder anderen Politiker oder einer gesellschaftlichen Gruppe nicht einverstanden sind. Diese Entwicklung wird von Experten als Krankheit der Titularethnie erklärt, die eine tiefe Krise durchlebt. Die Tragödie der Kirgisen ist, dass ihre so genannten Eliten sich als unfähig erwiesen haben, die Verwaltung des Landes zu übernehmen und die von der UdSSR geerbten staatlichen Institutionen haben sie praktisch vernichtet. In den letzten Regierungsjahren Askar Akajews hat dies Gruppen von Regionalisten ermöglicht, sich in den Vordergrund zu drängen, die der Welt den völligen Niedergang des Staatsapparats und des Sicherheitssystems demonstriert haben. [...]

Von dem realen Zerfall des Staats rettet Kirgistan bisher das Volk. Einfache Bürger haben sich im Unterschied zu den Eliten als weniger durch den Einfluss von Tribalismus und ähnlichen Stimmungen gefährdet erwiesen. Allerdings muss man zugeben, dass die Bruchlinie sich der Denkweise einer immer größeren Zahl von Bürgern bemächtigt, sie verläuft durch Schicksale und Familien. Experten meinen, dass die Hauptursache dafür die Angst der Menschen ist, in der Minderheit zu sein, fremd in der Gemeinschaft zu werden. In welchem Ausmaß aber eine Mehrheit radikal sein kann, haben die Ereignisse des Jahres 2010 deutlich gezeigt. Heute ist beinahe jeder einfache Kirgistaner faktisch eine Geisel dieser oder jener Gruppeninteressen geworden. Vor allem in der Politik ist die »Freund-Feind«-Linie bestimmend geworden.

Kirgistan nähert sich der Realisierung des »afghanischen Szenarios« wegen des Fehlens einigender Ideen, die durch Taten und Überzeugungen realer Politiker bestärkt wären, an. Praktisch jeder von ihnen spricht von der Notwendigkeit der gesamtnationalen Einheit, aber tatsächlich appellieren sie nur an die Leute aus ihrer Heimatregion. Das zeugt deutlich vom realen Niveau unseres Establishments. Übrigens im Norden genauso wie im so genannten Süden des Landes. [...]

Es ist offensichtlich, dass die Präsidentschaftswahlen Kirgistan sehr nahe an das afghanische Szenario führen können. Allerdings ist auch eine vollkommen entgegengesetzte Variante der Entwicklung des Landes ebenso möglich. Die Ereignisse in der KR haben bereits Einfluss auf die Reformierung der politischen Systeme in Usbekistan und Kasachstan genommen. Zunächst weitgehend formal, aber der erste Schritt ist getan. Und das lässt heute viele Experten im Ausland behaupten: Kirgistan kann als politisches Modell für Länder der Region dienen, es kann das Schicksal des gesamten Zentralasiens vorherbestimmen. Aber damit dieses Entwicklungsszenario realisiert wird, müssen die Bürger unbedingt die richtige Wahl treffen und demjenigen ihre Stimme geben, der der Republik eine erfolgreiche Zukunft garantieren kann.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Ignoriert und unverstanden? – Pressestimmen zum Streik der Erdölarbeiter im kasachstanischen Mangystau

Im erdölreichen Westen Kasachstans streiken seit fast drei Monaten mehrere tausend in der Erdölförderung beschäftigte kasachische Arbeiter für eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Es ist nicht verwunderlich, dass deutsche Zeitungsleser davon nichts erfuhren – jedenfalls bis zum 3. Juli. Denn zu diesem Zeitpunkt sagte der britische Popstar Sting unter Berufung auf eine Erklärung von Amnesty International sein für den 4. Juli im Rahmen der dreitägigen Festlichkeiten anlässlich des Geburtstages von Präsident Nursultan Nasarbajew und des gleichzeitigen Geburtstages der Hauptstadt in Astana geplantes Konzert ab. Eine entsprechende kurze dpa-Meldung fand sich nicht nur in überregionalen, sondern auch in vielen deutschen Lokalzeitungen. Damit scheinen deutsche Zeitungsleser besser informiert als durchschnittliche Kasachstaner, denn viele dortige Medien haben in Befolgung des Versuchs der Regierung, die Vorgänge zu ignorieren, praktisch eine Nachrichtensperre verhängt.

Was geht in Mangystau vor sich, was steckt dahinter? Im Prinzip handelt es sich um drei Streiks. Sie nahmen ihren Ausgang am 11. Mai bei Karaschanbasmunai, einem kasachstanisch-chinesischem Joint venture, dem folgte am 17. Mai die Ersai Caspian Contractor Company, ein kasachstanisch-italienisches Joint Venture (ENI). Zuletzt schlossen sich am 26. Mai Arbeiter von Usenmunaigas, einer Tochtergesellschaft von Kazmunaigas, dem zeitlich unbefristeten Streik an. Die wichtigsten Forderungen der Streikenden sind höhere Löhne, vor allem Gleichstellung mit den vielen Gastarbeitern aus dem »Fernen Ausland«, die für die gleiche Arbeit doppelt so viel Geld verdienen sollen, bessere Arbeitsbedingungen sowie die Zulassung von Gewerkschaften. Nachdem ein Gericht die Streiks für ungesetzlich erklärt hatte, wurden Streikführer festgenommen und streikende Arbeiter wegen Nichterscheinens am Arbeitsplatz entlassen. Das führte wie zu erwarten zu einer Verschärfung des Arbeitskampfes. Es gab große Demonstrationen und Straßenblockaden zur Unterstützung der Entlassenen, Arbeiter traten in Hungerstreik, einige fügten sich selbst Verletzungen zu. Ein Gespräch zwischen der Gebietsregierung und Vertretern der Streikenden am 3. Juni blieb erfolglos, am 6. Juni kam es zu einem großen Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Aktau, bei dem es Verletzte gab. Zahlenangaben sind naturgemäß problematisch. Mitte Juli sprachen kasachstanische Menschenrechter von 8. bis 10.000 Teilnehmern, die DW nennt in einem Beitrag vom 7. Juli 15.000, Vertreter der Streikenden sprachen am 30. Juni in Petersburg von 18.000 Teilnehmern insgesamt. Bis Mitte Juli sollen insgesamt 800 streikende Arbeiter entlassen worden sein. Auch wenn keine größeren Zwischenfälle mehr gemeldet worden sind, wird der Streik in zwei Unternehmen (der bei Ersai scheint beendet) fortgesetzt und eine Lösung des Konflikts scheint nicht in Sicht.

Astana ignoriert den Arbeitskampf im 1.700 km entfernten, abgelegenen Mangystau und versucht ihn offensichtlich auszusetzen. Die betroffenen Ölfelder, Karaschanbas und Usen, sind nicht die größten und wichtigsten. Zwei der betroffenen Firmen sind Joint Ventures, somit überlässt man die Probleme ein Stück weit auch dem Ausland. Die staatliche Kazmunaigas, die kasachstanische Seite in den Joint ventures vertritt, reagiert vor allem mit Druck. So scheint die Gebietsverwaltung sich selbst überlassen und ohne Chancen. Denn eine wichtige Forderung der Arbeiter ist gerade, vom Zentrum in Astana gehört zu werden. Noch glauben sie offenbar, dass der Präsident eine Lösung in ihrem Sinne finden könnte bzw. ihre Interessen gegenüber ausländischen Firmen vertritt...

Die Berichterstattung der Medien entspricht der Haltung der Regierung. Staatliche Medien ignorieren die Ereignisse fast vollständig. Nichtstaatliche Zeitungen und Internetportale berichten hin und wieder, nur Leser von Oppositionszeitungen wie Respublika und Dat sowie der bekannten kritischen Internetportale werden fortlaufend informiert. Aber auch dort nehmen Themen wie die Frage einer möglichen Ausbreitung islamistischen Terrors in Kasachstan oder der Wachwechsel in der Führung der bisherigen Oppositionspartei Ak Schol mehr Raum ein, als die Sache der Ölarbeiter. Und offensichtlich sieht man das Vorgehen von Regierung und Polizei zwar kritisch, wirkliche Solidarität mit den Arbeitern ist aber kaum zu erkennen. Zu fern scheinen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Erdölindustrie im Westen des Landes. Dafür sind die folgenden drei auszugsweise übersetzten Artikel ein klares Beispiel.

Übrigens hat Stings Absage nicht nur Sympathien für die Erdölarbeiter geweckt, sehen sich doch Pop-Fans, die zwischen 50 und 650 US-Dollar (!) für ihre Konzertkarte bezahlt hatten, für eine Angelegenheit bestraft, die nicht die ihre ist und auf die sie keinen Einfluss haben. Die Erdölarbeiter haben ihm aber für die Unterstützung gedankt.

*Beate Eschment*

## Unter dem Streik leiden die Streikenden selbst

Nowoje Pokolenije, (27.5.2011)

<http://www.np.kz/index.php?newsid=8371>

*Von Sarina Amrajewa*

Der Streik in Karaschanbas, über den wir bereits geschrieben haben, hat bisher niemandem Erfolg gebracht. Im Gegenteil! Die Firma macht Verluste, die Familien der Streikenden verlieren Mittel zum Leben, und einige haben sogar ihre Freiheit verloren.

Am 20. Mai 2011 wurde der Streik in Karaschanbasmunai durch das Tupkaraganskij-Bezirksgericht des Gebiets Mangystau für gesetzeswidrig erklärt. Ungeachtet dessen, dass die Gerichtsentscheidung sofortiger Umsetzung unterliegt, führt ein Teil der Streikenden die Protestaktion weiter fort. Sie wollen eine Erhöhung ihrer Löhne.

Doch erstens wurde schon vorher durch Gutachten der Abteilung für Arbeit und sozialen Schutz des Gebietes Mangystau, des Ministeriums für Arbeit und sozialen Schutz, der Erklärung der Staatsanwaltschaft und der zwischenbehördlichen Kommission unter der Leitung des Vize-Ministers für Arbeit und sozialen Schutz bestätigt, dass diese Forderungen nicht gerechtfertigt sind.

Außerdem werden in der AG jährlich Amtsbezüge und Tarifsätze erhöht. [...]

Aber diese Argumente wollen sie einfach nicht hören. Vor allem hat die Taubheit die Organisatoren des Streiks erfasst, die weiterhin darauf bestehen. Eine der Organisatoren, Natalja Sokolowa, wurde dreimal zur administrativen Verantwortung gezogen und bestraft. [...]

Doch am meisten haben die Familien der Streikteilnehmer gelitten. Sie haben einen Teil ihres Einkommens verloren, weil die Familienoberhäupter nicht gearbeitet haben. Die Verluste der Förderarbeiter der 4. und 5. Lohngruppe betragen für neun Ausfalltage 100.000 bis 130.000 Tenge, für Bohrhilfsarbeiter der 5. Lohngruppe mehr als 120.000 Tenge und für Spezialtechnikführer der 4. Lohngruppe mehr als 90.000 Tenge.

Dem Unternehmen Karaschanbasmunai selbst ist wegen der Destabilisierung der Produktion ein Schaden in Höhe von mehr als 240 Mio. Tenge entstanden.

Wem geht es also besser infolge des Streiks?

Die Leitung von Karaschanbasmunaj AG erklärt, dass sie alle gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz vor negativen Folgen des gesetzeswidrigen Streiks und für die Stabilisierung der Tätigkeit des Unternehmens ergreifen wird.

Kurz bevor diese Ausgabe in Druck ging, erfuhren wir vom Beginn eines Hungerstreiks in Schanaosen. Es hungern zehn Arbeiter der Betriebsfiliale Osenmunajgas RD KMG. Das Gericht von Schanaosen hat die Anträge geprüft und am 24. Mai 2011 alle gestellten Forderungen als unbegründet und gesetzeswidrig erklärt. Im diesem Zusammenhang hat die Stadtverwaltung von Schanaosen keine Erlaubnis für die Durchführung eines Hungerstreiks erteilt.

Dennoch hat er begonnen. Die Hungernden werden von etwa 250 Arbeitern der Niederlassung unterstützt, die beschlossen haben zu streiken. RD KMG erklärt, dass sie den Streik für gesetzeswidrig hält, die entstandene Situation vollständig unter Kontrolle hat, die Leitung bereit ist, Fragen, die in ihrer Kompetenz liegen, schnell zu lösen – im Rahmen des Gesetzes am Verhandlungstisch.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Streitigkeiten sollten zivilisiert ausgetragen werden

Internetportal Contur, ohne Datum (Juni 2011)

<http://contur.kz/node/1690>

*Von Ardak Gabiden*

Schon länger als einen Monat kämpfen die Arbeiter der zu dem Unternehmen »Razvedka Dobycha KazMunaiGaz« (RD KMG) gehörenden Mineralölfirmer im Westen des Landes hartnäckig für die Erfüllung ihrer Forderungen. Das Sujet des Arbeitsstreits entwickelt sich immer rätselhafter.

[...]

Im Übrigen haben die Machtorgane des Landes im Gegensatz zu den Firmenleitungen dieses Mal immerhin Versuche unternommen, einen Kompromiss zu finden. So hat die alle Trommeln rührende oppositionelle Presse irgendwie »nicht bemerkt«, dass am 3. Juni in Aktau ein Treffen des Gouverneurs des Gebietes Mangistau, Krymbek Kuscherbajew, mit Vertretern der Arbeiter von Karaschanbasmunaj stattgefunden hat. Warum hat sie das nicht bemerkt? Na, weil Krymbek Kuscherbajew den streikenden Ölarbeitern folgendes gesagt hat: »Ihr müsst verstehen, dass gesetzeswidrige Handlungen nicht hinnehmbar sind. Sie wenden sich doch in erster Linie gegen euch: durch den Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen. Alle Beziehungen zwischen den Arbeitern und der Firmenführung müssen ausschließlich auf dem Boden des Gesetzes errichtet werden und nicht mit Hilfe von Ultimaten.«

Der Gebietsgouverneur hat in der Tat recht. Allein schon, weil in jedem Fall ein schlechter Frieden immer besser ist als ein guter Streit und man brennende Fragen am Verhandlungstisch klären muss. Und insgesamt wird aus den Erklärungen des Gouverneurs klar, dass der ganze gegenwärtige Konflikt seinen Anfang in Meinungsverschiedenheiten von Gewerkschaftsfunktionären nahm, denen übrigens das Gouvernement nicht nur einmal vorgeschlagen hat, ihren Streit gerichtlich zu klären.

Was die Streikenden selbst betrifft, so verstehen sie nach ihrem Bekenntnis sehr wohl, dass der Gebietsgouverneur Krymbek Kuscherbajew nicht eigenständig alle ihre Probleme lösen kann. »Wir stehen einfach so vor dem Gouvernement ohne politische Parolen und Plakate, in der Hoffnung vom Präsidenten des Landes, Nursultan Nasarbajew, gehört zu werden«, erklären die Aktivisten, die vor dem Verwaltungsgebäude demonstrieren. Doch wollen sie gehört werden? Das darf bezweifelt werden. Denn sie haben es geschafft, auch mit einer extra eingerichteten zwischenbehördlichen Arbeitsgruppe, die ebenfalls versucht hat, den Konflikt zu bereinigen, keine Verständigung zu finden. Im Endeffekt musste die Ministerin für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung der RK, Gulschara Abdykalikowa, in einem Interview noch einmal bestätigen, dass die von den Arbeitern der Ölvorkommen Karaschanbas gestellten Forderungen auf Erhöhung der Löhne unbegründet und nicht dem Arbeitsrecht entsprechend sind. »Das ist nicht das erste Jahr, erst im vergangenen Jahr sind wir zu einem Konsens gekommen, alles war geklärt. Es ist nicht zu verstehen, warum Leute die ganze Zeit eine ständige Erhöhung ihrer Löhne fordern – das hängt doch von ihrer Produktivität ab«, erklärte Abdykalikowa.

Genau so ist es! Allein die Fähigkeit zu arbeiten und der Wunsch, die eigene Qualifikation zu erhöhen sind die einzig wahren Mittel, um den eigenen Lohn zu erhöhen. Übrigens ist es eine Sache, darüber nachzudenken, wie man seine Arbeitsleistung erhöhen kann, und eine ganz andere, gewaltsam zu nehmen und das Gewünschte mit Geschrei einzufordern wie ein unvernünftiges Kind. Aber ist es wirklich unvernünftig? Und treten die Arbeiter der verschiedenen Unternehmen tatsächlich selbstständig in den Streik?

Schon Anfang des Jahres sind in einer Reihe von kasachstanischen Publikationen Artikel erschienen, die für die westliche Region des Landes Unruhen prognostiziert haben. Als Bestätigung dessen haben schon am 15. Juni Ölarbeiter aus Aktobe das Gebäude der Gebietsverwaltung gestürmt und die Beendigung der Reorganisation der Sonderverkehrsverwaltung SNPS »Aktobemunajgas«, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Erhöhung ihrer Löhne gefordert. Und hier ist noch ein Moment interessant. Seltsamerweise äußern sowohl die Streikenden in Aktau als auch in Aktobe ihre Unzufriedenheit mit der Politik des chinesischen Investors. »Man will uns in der Erdölförderung in Aktobe über Bord werfen! Man sagt, dass sechzig Prozent bei SNPS sein werden, und vierzig Prozent bei der chinesischen Transportfirma, dann ist es nicht mehr weit bis zu einem chinesischen Privatunternehmen. Sie werden den ganzen Markt erobern«, empören sich die Arbeiter von Aktobemunajgas.

Möglicherweise haben sie auch recht, aber wenn man sich an die Message erinnert, die der ehemalige Botschafter in Österreich, Rachat Alijew, (der gerade des Mordes an zwei Bankiers beschuldigt wird) vor kurzem ins weltweite Netz gesendet hat und an die Unruhe in den Reihen einiger gesellschaftlicher Akteure, die sich plötzlich um die »schleichende chinesische Expansion« sorgen, dann kommt ein seltsamer Verdacht auf. Ein Verdacht, der mit einem Schlag den ganzen sozialen Konflikt in einen politischen verwandelt. Und man kann mit Sicherheit konstatieren, dass die Sache ab dem Moment einen politischen Anstrich bekam, in dem sich verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und oppositionelle Politiker in die Sache eingeschaltet haben. Das ist auch verständlich, denn es wäre eine Sünde, eine günstige Gelegenheit nicht zu nutzen.

Aber die populistischen Erklärungen der kasachstanischen »Demokraten«, die in der Art: »man hat unser Land an Ausländer verkauft«, »wenn aus dem Erdinneren alles rausgepumpt wird, was bleibt unseren Kindern« usw. an den Nationalstolz der Menschen appellieren – lösen in Wirklichkeit die dringlichen Probleme der Streikenden nicht. Ja, die Menschen, die in einem Knäuel scheinbar unlösbarer Probleme gelandet sind, haben zweifellos irgendwo recht. Aber Emotionen und sich in Pose zu stellen ist in diesem Fall nicht die allerbeste Variante. Da in solchen Fällen in der

Regel diejenigen verlieren, die von politischen Kräften für ihre eigenen Ziele missbraucht werden. Daher sollten die streikenden Arbeiter über ihre Lage nachdenken, und trotz allem versuchen, sich mit den Firmenleitungen zu einigen und dabei alle sie beunruhigenden Momente in einer zivilisierten Weise konsequent und genau durchsprechen.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## Was Sting nicht wusste

Wochenzeitung Wremja, 7.7. 2011

<http://www.time.kz/index.php?module=news&newsid=22478>

*Von Danijar Aschimbajew*

Die liberalen Sitten des bourgeoisen Auslands haben der einheimischen Öffentlichkeit wieder einen Feiertag verdorben. Dieses Mal hat sich **Sting** hervorgetan, indem er sein Konzert in Astana als Zeichen der Solidarität mit den streikenden Werktätigen von Westkasachstan abgesagt hat. Natürlich könnte man annehmen, dass einer der geflüchteten Emigranten vom Typ Abljasow der kasachstanischen Führung diese Gemeinheit angetan hat, indem er heimlich die Manager und Presse-Agenten des Sängers bezahlt hat. Aber eine solche Version ist zu exotisch. Andererseits (seien wir realistisch), von einem westlichen Pop- und Rock-Star logisches und durchdachtes Verhalten zu erwarten fällt genauso schwer wie der völlige Verzicht auf eine »graue Zollerklärung« in »Chorgos« (früher Druschba, Grenzübergang zwischen der Republik Kasachstan und der VR China, Anm. der Übers.). Natürlich ist der Sänger Sting ein eigenes Thema, diese Persönlichkeit bedarf weder der Anerkennung der lokalen Öffentlichkeit noch der Proteste der lokalen Autoritäten.

Aber weiß Sting denn alles über das Problem, auf das er ungewollt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gelenkt hat? [...]

Das Gebiet ist unzufrieden damit, dass die Einnahmen »seines Öls« nach Astana fließen. Das Gebiet ist unzufrieden damit, dass Astana die Spielregeln diktiert und »die Einheimischen sich nicht entfalten lässt«. Das Gebiet ist unzufrieden damit, dass die Mehrheit der Ölfirmen in Astana registriert ist, von nationalen Firmen und/oder ausländischen Investoren kontrolliert wird und von »dahergelaufenem« Management verwaltet wird. Das Gebiet meint, dass sich alle auf seine Kosten bereichern. Und so weiter.

Im Prinzip ist das eine Standardzusammenstellung von Problemen einer beliebigen Öl-Region, aber aus irgendeinem Grund streikt ausgerechnet Mangistau permanent. Wobei, wenn man die Streiks in Schanaosen, »Karaschanbasmunai« und Jersaj nimmt, dann sind die Anlässe tatsächlich verschieden, aber die Ursache ist dieselbe – das Volk will Geld. Wenn man es genauer nimmt – das Volk will mehr Geld. Dabei werden, wenn man die Höhe der Löhne in demselben Schanaosen betrachtet, solche Löhne für unqualifizierte Arbeiter (und genau diese streiken schon zum dritten oder vierten Mal hintereinander) in keiner anderen Region des Landes bezahlt. Wenn man diese Summen den Grubenarbeitern in Karaganda, den Arbeitern in Pawlodar, den Landwirten in Kokschetau oder den Bergarbeitern in Schambyl zeigen würde, so würde jeder von ihnen sie nur als »überfressen« beurteilen und gerne als Schichtarbeiter nach Mangistau fahren, wenn ihn jemand dort arbeiten lässt, natürlich...

Warum streikt das Gebiet also, wer ist schuld? **Erstens**, wegen des Anstiegs der Preise, der bei der Bevölkerung in vielerlei Hinsicht Unzufriedenheit provoziert. Wegen der Unfähigkeit der Exekutive im Zentrum wie vor Ort, die Inflation sowohl mit Markt- als auch mit administrativen Mitteln entscheidend zu bremsen. Plus der Undurchsichtigkeit einer Reihe von Fragen über das Funktionieren der Zollunion. Plus der Unfähigkeit der Antimonopol-Strukturen sich erkennbar mit Tarifregulierung zu beschäftigen. Plus dem alten Problem der Zollregulierung...

**Zweitens**, wegen der ungelösten sozialen Probleme, dem Fehlen und der Unterentwicklung der Infrastruktur – dafür ist dieselbe Exekutive mit ihrer Inkompetenz, Immobilität und Korruptiertheit verantwortlich.

**Drittens** wegen der unverständlichen Arbeitsgesetzgebung, die viele Varianten der Auslegung zulässt – hier liegt die Schuld beim Parlament und der Regierungspartei (bei beiden muss man daran erinnern, dass die Abgeordneten und das Parteiaktiv im Zentrum und vor Ort es geschafft haben, sich in der aktuellen Situation »nicht zu beschmutzen«).

**Viertens** sind die Gewerkschaften vollkommen aus der sozialen Problematik herausgefallen: Nicht nur in Mangistau hat man schon lange niemanden von ihnen mehr gesehen. Infolgedessen beschäftigt sich jedermann mit den Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitskollektiven, nur nicht dieser gestrigen Pfeiler der Arbeitspolitik.

**Fünftens** wegen des niedrigen Kultur- und Bildungsgrades der Bevölkerung. Hier haben alle mitgemischt – sowohl die Gebietsführung wie die Zentralregierung und das Parlament und die Bevölkerung selbst. Besonders muss man hier auf den Verfall des fachlich-technischen Bildungssystems hinweisen.

**Sechstens** wegen der Verteilung der Einnahmen in der Öl-Branche. Die sperrige Struktur der nationalen Firmen, deren Überbürokratisierung und das hohe Niveau ihrer »Ausgaben für Repräsentationszwecke« können sowohl die Arbeitskollektive als auch das mittlere Management, das gezwungen ist für die Abstimmung dringender Fragen Monate zu verschwenden, gar nicht anders als ärgern.

**Siebtens** nimmt die örtliche Elite an der Lösung des Konflikts faktisch nicht teil und sabotiert offen Staatsinteressen, indem sie versucht, die Situation für ihre eigenen Ziele zu nutzen und die Kontrolle über Steuern, Kader und die Bohrfelder der Ölfirmen zu bekommen.

**Achtens** wegen der regionalen Isoliertheit, die die örtlichen Probleme schnell über die gesamtstaatlichen stellt. Hieraus resultiert die Ablehnung der »unermesslichen« Zahlungen ins staatliche Budget, die Nichtzulassung von Ingenieuren, Meistern und Arbeitern aus den anderen Regionen im Gebiet.

**Neuntens** wegen der schon erwähnten »Überfressenheit« – den ständig steigenden Forderungen seitens des sowieso gut bezahlten Personals, dessen Einkommen bereits den realen Wert entsprechender Arbeitskraft übersteigt.

**Zehntens** wegen politischer Spielchen von Opposition und Extremisten, die aktiv versuchen, sich »auf eine Seite des Konflikts« zu schlagen und den Konflikt mit allen möglichen Mitteln anzuhetzen.

Aber dazu muss man noch einige Punkte hinzufügen.

Der erste ist das Image von Astana, genauer, der Staatsmacht im Ganzen. Die Bevölkerung unterstützt Einigkeit, Stabilität, Reformen, aber sie kennt auch das reale Maß der Effektivität, der Kompetenz und des Anstands von heimischen Beamten genau. Deshalb ist es sehr schwer, Vertrauen in Fragen der Verteilung der Einnahmen aus dem Mineralöllexport und effektive Budget-Politik zu verlangen.

Der zweite ist, dass die aktuellen Ereignisse in Mangistau das gesetzmäßige Ergebnis der staatlichen Migrationspolitik sind.

Die massenhafte Zufuhr von unqualifizierter, ungebildeter und unkultivierter Arbeitskraft mit überhöhten sozialen Forderungen bei ungeklärten Arbeits- und Bildungsproblemen der eigenen Bevölkerung sowie »Duldung« der Auswanderung der Nicht-Titularbevölkerung (zum großen Teil mit hohem Bildungsstand und großer Arbeitserfahrung) führten zu gesetzmäßigen Folgen. Der Staat ist nicht in der Lage, einen normalen Stand der sozialen Entwicklung der Bevölkerung zu gewährleisten (das Ausbildungsniveau fällt, es gibt keine normale Versorgung mit Wohnraum, es gibt keine normale Jugendpolitik, Probleme im Gesundheitsschutz sind bekannt, es werden nicht bemerkenswert viele Arbeitsplätze errichtet usw.) und damit werden weiterhin Voraussetzungen für die Marginalisierung der Bevölkerung geschaffen. Hieraus resultiert das Wachstum von Verbrechen, Alkoholismus, Drogenmissbrauch, religiösem Extremismus, Nationalismus, sozialem Schmarotzertum. Das Land braucht keine unverständigen »Landsleute«, sondern gebildete Spezialisten, Pädagogen, Ingenieure, Meister, Wissenschaftler. [...] An Stelle von Entwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft und Ausbildung werden die Voraussetzungen für soziale, nationale und religiöse Konflikte geschaffen. Statt einer Mittelklasse werden marginale Stadtghettos errichtet. Anstelle eines verantwortungsbewussten Parlaments sieht man nur eine Handvoll komplexbehafteter, rückwärtsgewandter Schreihälse. Anstelle einer zurechnungsfähigen Opposition sieht man nur PR-Projekte von kriminellen Oligarchen, die keine Methode scheuen, ihre Feinde in den Machtorganen zu diskreditieren. Ja, die Macht hat in den 20 Jahren der Unabhängigkeit den zivilen Frieden, Einigkeit und Stabilität in der Gesellschaft bewahrt. Vor dem Hintergrund der Umstände in der Welt scheint dies eine riesige Errungenschaft zu sein. Aber es wäre nicht schön, wenn diese Errungenschaft schon in naher Zukunft aus Unfähigkeit vermasselt würde.

*Aus dem Russischen von Margarethe Waldt*

## CHRONIK

## Vom 18. Juni bis zum 22. Juli 2011

## Kasachstan

18.6.2011	Das spanische Mineralölunternehmen Repsol erhält die Exklusivrechte zur Erschließung des Aday-Feldes im Gebiet Atyrau.
20.6.2011	Es wird offiziell bestätigt, dass Häftlinge eines Hochsicherheitsgefängnisses in der Nähe von Almaty in der Vorwoche für eine Behandlung von HIV-Infizierten sowie bessere Verpflegung demonstriert haben.
20.6.2011	Premierminister Karim Massimow empfängt in Astana eine Delegation des deutschen Bundestages, angeführt von der Vorsitzenden der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe, Dagmar Enkelmann.
20.6.2011	Premierminister Massimow trifft mit seinem tadschikischen Amtskollegen Akil Akilow zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen.
20.6.2011	Am Sitz der Regierungspartei Nur Otan in Astana zündet sich eine Besucherin aus Protest gegen eine nach ihrer Meinung ungerechte Verurteilung ihres Sohns selbst an. Die Frau stirbt im Krankenhaus an ihren Verbrennungen.
21.6.2011	Der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow, empfängt den niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Jörg Bode, zu Gesprächen über die Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen niedersächsischen Unternehmern und der Stadt Almaty.
23.6.2011	Kasachstan fordert erneut von Österreich die Auslieferung des des Mordes verdächtigten ehemaligen Präsidentschwiegersohnes Rachat Alijew, teilt der erste stellvertretende Generalstaatsanwalt Iogan Merkel mit.
23.6.2011	Der serbische Außenminister Vuk Jeremic stattet Kasachstan einen offiziellen Besuch ab. Es ist ein Treffen mit seinem Amtskollegen Jerschan Kasychanow geplant.
24.6.2011	Der ehemalige Chef der Valyut-Tranzit Bank, Andrej Bejajew, wird in Karaganda zu zehn Jahren und zehn Tagen Haft sowie einem dreijährigen Berufsverbot nach seiner Entlassung verurteilt.
24.6.2011	Die streikenden Erdölarbeiter im Gebiet Mangistau appellieren an Präsident Nasarbajew, in ihrem Konflikt mit den Führungen der Erdölfirmen zu intervenieren, meldet der Kasachische Dienst von RFE/RL.
27.6.2011	In einem Interview mit Interfax Kasachstan spricht sich Außenminister Kasychanow gegen militärische Eingriffe von Außen im Mittleren Osten und Nordafrika aus
27.6.2011	Präsident Nursultan Nasarbajew unterzeichnet das Abkommen über den rechtlichen Status von Arbeitsmigranten und ihre Familien, das am 19.11.2010 zwischen Kasachstan, Belarus und Russland in Petersburg beschlossen wurde.
27.6.2011	Premierminister Massimow stattet seinem französischen Amtskollegen Francois Fillon in Paris einen offiziellen Besuch ab, bei dem die weitere Intensivierung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten erörtert und eine Reihe von Verrägen, u. a. im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie, unterzeichnet werden.
27.6.2011	In Moskau wird ein 24-jähriger Student aus Kasachstan durch Messerstiche getötet.
27.6.2011	Der Vize-Premier und Minister für Industrie und Handel, Asset Issekeschew, trifft mit einer deutschen Delegation unter Führung des Bundestagsabgeordneten Michael Glos zusammen. Beide Seiten stimmen darin überein, ein kasachstanisch-deutsches Entwicklungszentrum im Energiebereich (Energieproduktion, effiziente Energienutzung) zu errichten.
27.6.2011	ERSAI Caspian Contractor meldet, dass der am 11.5. begonnene Streik der Erdölarbeiter beendet sei, auch die Zufahrten zum Erdölfeld seien wieder frei.
28.6.2011	Präsident Nasarbajew erklärt auf dem 38. Treffen des Außenministerrats der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (früher Organisation der Islamischen Konferenz) in Astana, dass Islam und Terrorismus nichts gemeinsam hätten.
28.6.2011	Kulturminister Muchtar Kul-Muchammed trifft mit dem Generaldirektor der Islamischen Organisation für Ausbildung, Wissenschaft und Kultur (ISESCO), Abdulaziz Othman Altwajiri, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit zusammen.
28.6.2011	Die Union der Muslime Kasachstans und das Muslimische Komitee für Menschenrechte in Zentralasien warnen junge Menschen wegen der hohen Kriminalität und der nationalistischen Stimmung davor, ein Studium an Bildungseinrichtungen in Russland aufzunehmen.
28.6.2011	Der 2009 zu drei Jahren Haft verurteilte Journalist Ramasan Jesergepow wurde mit dem Hellman/Hammett Preis 2011 von Human Rights Watch ausgezeichnet, meldet der Kasachische Dienst von Radio Liberty.

29.6.2011	Die nicht registrierte Partei Alga und die oppositionelle Kommunistische Partei bilden eine vereinte Volksfront für die Teilnahme an den Parlamentswahlen ins Unterhaus des Parlaments 2012, teilt der erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei, Gasis Aldamscharow, mit.
30.6.2011	In Moskau findet eine Pressekonferenz von Vertretern der streikenden Ölarbeiter aus Aktau (Gebiet Mangystau) statt. Nach ihren Angaben haben bis zu 18.000 Arbeiter an dem Streik teilgenommen.
30.6.2011	Während der fünften Sitzung der kasachstanisch-deutschen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe für Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit in Karaganda bietet der stellvertretende Minister für Industrie und neue Technologien, Albert Rau, Deutschland im Austausch für Investitionen im Bereich der Spitzentechnologien Zugang zu interessanten Rohstoffen wie Seltenen Erden an.
30.6.2011	Der Vorsitzende des Nationalfonds Samruk Kazyna, Timur Kulibajew, wird Mitglied des Aufsichtsrates von Gazprom.
2.7.2011	Asat Peruaschew übernimmt von Alichan Bajmenow die Führung der oppositionellen Partei Ak Schol. Peruaschew hatte erst am Vortag seine Mitgliedschaft in der Regierungspartei Nur Otan aufgegeben.
3.7.2011	Der Kasachische Dienst von Radio Liberty berichtet von anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einer bewaffneten Gruppe im Gebiet Aktobe. Im Dorf Schurbaschi wurden zwei Polizisten getötet.
3.7.2011	Der bekannte Popsänger Sting sagt sein Konzert in Astana kurzfristig ab, um so die streikenden Erdölarbeiter im Westen Kasachstans zu unterstützen.
4.7.2011	Der im Exil lebende ehemalige Topmanager der BTA-Bank, Mughtar Abljazow, beschuldigt in der oppositionellen Zeitung Respublika Präsident Nasarbajew der Veruntreuung von 49,9 % der Anteile an dem Fernsehsender Chabar. Am gleichen Tag werden mehrere leitende Positionen in den Medien, auch bei Chabar, neu besetzt.
5.7.2011	In Temirtau (Gebiet Karaganda) verklagen Eltern und Lehrer zwei Schulen, die angekündigt haben, zum Schuljahresbeginn die Unterrichtssprache von Russisch auf Kasachisch umzustellen, meldet RFE/RL.
5.7.2011	Der Herausgeber der oppositionellen Zeitung Wsgljad, Igor Winjawschik, kündigt an, das Nationale Sicherheitskomitee (KNB) und die Fluglinie KLM zu verklagen, weil sie ihn daran gehindert hätten, nach Brüssel zu einer Konferenz über Korruption in Zentralasien zu fliegen, meldet RFE/RL.
6.7.2011	Das Existenzminimum in Kasachstan betrug im Juni 16.851 Tenge (116 US-Dollar), meldet die Agentur für Statistik.
8.7.2011	Der ehemalige Chef des Aufsichtsrates der Aljans Bank, Margulan Sejssembajew, ist zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden, meldet der Kasachische Dienst von Radio Liberty.
9.7.2011	Nach Angaben aus dem Innenministerium sind in der Nacht bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Mitgliedern einer bewaffneten Gruppe im Bezirk Temir (Gebiet Aktobe) neun Angreifer und ein Polizist getötet worden, drei Personen wurden verletzt.
11.7.2011	Im Gebiet Karaganda sterben 16 Häftlinge der Kolonie Balchasch nach einem misslungenen Fluchtversuch durch eine von ihnen verursachte Explosion.
12.7.2011	Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Juni 461.200 Personen, die Arbeitslosenquote lag bei 5,3 %, meldet die Agentur für Statistik.
12.7.2011	Der ehemalige Chef der BTA-Bank, Mughtar Abljasow, hat politisches Asyl in Großbritannien erhalten, meldet rosbalt.ru.
12.7.2011	Die Internetblogseiten von Wordpress.com funktionieren nach einmonatiger Blockade durch KazTeleCom wieder, nachdem zwei wegen »rechtswidriger Informationen« beanstandete Blogs entfernt worden waren.
12.7.2011	Die Premierminister von Russland, Belarus und Kasachstan, Wladimir Putin, Michail Mjasnikowitsch und Karim Massimow, treffen in Moskau zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit im Energiesektor zusammen.
12.7.2011	Im ersten Quartal 2011 ist das Exportvolumen Kasachstans in die Mitgliedsländer der Zollunion um 66 % gestiegen, meldet die Agentur für Untersuchung der Investitionsrentabilität.
13.7.2011	Zwei ehemalige Mitarbeiter der Polizei in Aktobe haben sich an den Sänger Sting mit der Bitte um Unterstützung wegen ihrer ungerechten und gesetzeswidrigen Entlassungen gewandt, meldet KazTag.
15.7.2011	Das Regierung des Gebietes Mangistau und KazMunaiGaz haben eine Arbeitskommission gebildet, um die Situation in Karaschanbasmunaj zu regulieren, meldet der Pressedienst des Gebietes.
18.7.2011	Außenminister Kasychanow nimmt zu Beginn seiner Europareise, die ihn auch nach Großbritannien, Nordirland und Deutschland führen wird, in Brüssel an einem Treffen der EU und der OSZE-Troika teil.

19.7.2011	Die Staatsverschuldung Kasachstans beträgt 26,6 Mrd. US-Dollar, teilt Vize-Finanzminister Ruslan Dalenow mit.
19.7.2011	Präsident Nasarbajew hält sich zur medizinischen Behandlung in der Hamburger Uniklinik Eppendorf auf, meldet die Bild-Zeitung.
20.7.2011	Die Benzinproduktion in Kasachstan ist im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 20,2 % gefallen, meldet die Agentur für Statistik.
21.7.2011	Präsident Nasarbajew unterzeichnet das Abkommen über die Ratifizierung des Gerichtsstatuts der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG).
21.7.2011	Die USA setzen Kasachstan neben Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan auf die »specially designated countries list«, der Staaten, die verdächtigt werden, terroristische Organisationen oder deren Mitglieder zu fördern oder zu schützen. Das Außenministerium Kasachstans zeigt sich nach den Worten seines Sprechers Iljas Omarow zutiefst beunruhigt über diese Entscheidung.
22.7.2011	Während seines offiziellen Berlin-Aufenthaltes trifft Außenminister Kasychanow mit seinem deutschen Kollegen Guido Westerwelle zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit zusammen.
22.7.2011	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz über die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen in Kasachstan.
22.7.2011	Die bekannte kasachische Journalistin, ehemalige Chefredakteurin der oppositionellen Zeitung Swoboda Slowa und Mitglied der oppositionellen Partei Asat, Guldschan Jergalijewa, berichtet über eine Hacker-Attacke auf ihre Seite Guljan.org.

## Kirgistan

18.6.2011	Präsidentin Rosa Otunbajewa spricht sich in einer Rede auf dem 7. Kurultaj (inoffizielle Volksversammlung) in Bischkek gegen ein monoethnisch ausgerichtetes Kirgistan aus und fordert die Beachtung der Rechte aller Nationalitäten, zugleich aber auch eine größere Bedeutung für die kirgisische Sprache.
18.6.2011	Ca. 50 Demonstranten fordern die Schließung des türkischen Einkaufszentrums Beta-Store im Zentrum von Bischkek und ein Treffen mit der Geschäftsführung, nachdem bekannt geworden war, dass ein türkischer Mitarbeiter eine kirgisische Angestellte geschlagen hatte.
20.6.2011	In Dschalalabad versammeln sich bis zu tausend Demonstranten zur Unterstützung des Parlamentsabgeordneten Kamtschibek Taschijew, der wegen eines Übergriffs gegen einen anderen Deputierten im April angeklagt werden soll.
20.6.2011	In Osch kommt es während einer Demonstration zur Unterstützung des Abgeordneten Taschijew zu Übergriffen auf drei Mitarbeiter des Fernsehsenders NTS, die von der Kundgebung berichten wollen.
21.6.2011	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, appelliert an das Parlament, seine die Presse- und Meinungsfreiheit einschränkenden Beschlüsse zu überprüfen.
21.6.2011	Aus dem nationalen Komitee für Staatssicherheit verlautet, dass ein im Internet (YouTube) stehendes umstrittenes Telefongespräch zwischen dem Vorsitzenden der Koalitionspartei Respublika, Omurbek Babanow, und Maksim Bakijew, dem Sohn des ehemaligen Präsidenten, eine Fälschung sei.
23.6.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt eine Delegation aus der Kisilsuu Kirgisischen Autonomen Präfektur der VR China.
24.6.2011	Premierminister Almasbek Atambajew unterzeichnet das Gesetz über eine neue Regierungsstruktur, mit dem die Zahl der Ministerien von 20 auf 17 reduziert wird.
24.6.2011	Das Parlament beendet mit dem Entzug der Lizenz einstimmig den Goldabbau im Goldfeld Andasch (Gebiet Talas), weil er Umwelt und Anwohnern schade.
24.6.2011	Feliks Kulow, der Vorsitzende der oppositionellen Ar-Namys Partei, erklärt vor der Presse, dass das Vorhaben von zehn Abgeordneten seiner Fraktion, in Zukunft die Regierungskoalition zu unterstützen und gleichzeitig Mitglied der Ar-Namys Fraktion zu bleiben, vom Tisch sei.
24.6.2011	Der UNDP-Exekutivrat genehmigt auf seiner jährlichen Sitzung das 5. UNDP Country Program Kirgistan (2012–2016) mit einem Umfang von 84,86 Mio. US-Dollar.
24.6.2011	Das Büro der Präsidentin widerspricht der Bemerkung von Ata-Meken-Chef Omurbek Tekebajew im Parlament am Vortag, dass die Präsidentin ihre Unterschrift unter das Gesetz über die Präsidentenwahl absichtlich um zwei Monate verzögert habe.
24.6.2011	Das Gebietsgericht von Tschui spricht den Drogenbaron Kamtschibek Kolbajew in Abwesenheit vom Vorwurf des Mordes und weiterer Schwerverbrechen frei.

24.6.2011	Das Parlament wählt die acht Mitglieder der Zentralen Wahlkommission. Die Rechtmäßigkeit der Wahl ist umstritten, weil die Präsidentin zum Zeitpunkt der Wahl das dazugehörige Gesetz noch nicht unterzeichnet hat.
24.6.2011	Kara-Balta Mining Enterprise und Kazatomprom unterzeichnen ein Abkommen über Zusammenarbeit in der Uran-Produktion.
27.6.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt US-Assistant Secretary for the Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs, William Brownfield.
27.6.2011	Im Bezirk Nookat (Gebiet Osch) werden sechs Personen unter dem Vorwurf der Anhängerschaft zu Hizb ut-Tahrir festgenommen.
27.6.2011	Auf einen Offizier des Büros der Generalstaatsanwaltschaft wird am Abend in Bischkek ein Mordanschlag verübt.
28.6.2011	Parlamentssprecher Achmatbek Keldibekow trifft mit der Führung der Parlamentarischen Versammlung der türkischsprachigen Länder zusammen.
28.6.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) unter Führung ihres Vorsitzenden Mevlut Cavusoglu.
28.6.2011	Der Chef der Ata-Dschurt Fraktion, Kamtschibek Taschijew, entschuldigt sich bei einer Sitzung der Parlamentskommission zur Untersuchung seines Konfliktes mit dem Abgeordneten Bachadir Osmonow bei letzterem. Damit erklärt die Kommission die Angelegenheit für abgeschlossen. Taschijew soll Osmonow geschlagen haben.
28.6.2011	Präsidentin Otunbajewa erklärt, dass die Prozedur der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Wahlkommissionen nicht rechtmäßig war. Auch Experten äußern sich irritiert.
28.6.2011	Eine UNESCO-Mission, angeführt vom Direktor des Regionalbüros für Asien und Pazifik, Gwang-Jo Kim, und einem Vertreter des Hauptquartiers in Paris, Pedro Francesc, trifft zu einem Antrittsbesuch in Bischkek ein.
29.6.2011	Ein Sprecher der zehn abtrünnigen Ar-Namys Abgeordneten widerspricht Feliks Kulows Mitteilung, dass sie sich der Fraktionsdisziplin beugen würden. Ihre Entscheidung, die Koalition zu unterstützen, bestehe weiter.
29.6.2011	Der Exekutivrat der Eurasischen Entwicklungsbank (EDB) stimmt ohne Gegenstimmen dem Beitritt Kirgistans zu.
30.6.2011	Das Parlament verabschiedet das neue Gesetz über Parlaments- und Präsidentenwahlen und setzt das Datum der anstehenden Präsidentschaftswahlen auf den 30.10.2011 fest.
4.7.2011	Nach Angaben von Finanzminister Arsybek Kojoschew hat das Budgetdefizit 21 %, d. h. ca. 2 Mrd. US-Dollar, erreicht.
4.7.2011	Der indische Verteidigungsminister, Arakkaparambil Kurian Antony, trifft zu Gesprächen mit Präsidentin Otunbajewa, Verteidigungsminister Abibilla Kudaiberdijew u. a. hochrangigen Personen in Bischkek ein.
6.7.2011	Auf der ersten Sitzung der neuen Zentralen Wahlkommission wird Tujungaly Abdraimow (Vertreter der Ar-Namys Parlamentsfraktion) zum Vorsitzenden gewählt.
7.7.2011	Premier Atambajew entlässt den Bürgermeister von Dschalalabad, Maksatbek Dschenbekow, der wegen seiner nationalistischen Äußerungen in der Kritik war und ersetzt fast zeitgleich auch den bisherigen Gouverneur von Dschalalabad, Bektur Asanow, durch Asisbek Tursunbajew.
12.7.2011	Nach Angaben des nationalen Komitees für Statistik wuchs das BIP in der ersten Jahreshälfte 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,6 % (ohne die Einnahmen aus der Kumtor-Goldmine).
12.7.2011	In Bischkek wird der Dagestaner Nizami Abijew unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der IMU festgenommen.
13.7.2011	Bei dem in Bischkek stattfindenden Prozess zur Aufarbeitung der tödlichen Schüsse während der Aprilrevolution 2010 geraten Anhänger von Tätern und Opfern aneinander, es fliegen Flaschen, Steine und Möbel. Die Verhandlung wird vertagt.
14.7.2011	Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission stehen für Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschaftswahlen ca. 10 Mio. US-Dollar zur Verfügung.
15.7.2011	Im neuesten Ranking (CNN Money) der Lebenshaltungskosten in den Hauptstädten der Welt taucht Bischkek zusammen mit Managua, La Paz und Addis Abeba als einer der preiswertesten Orte auf.
15.7.2011	Gaspromneft-Azija als Eigentümer der meisten Tankstellen in Kirgistan muss eine Rationierung von Benzin bekanntgeben, außerdem sind die Benzinpreise in den letzten Tagen stark gestiegen.

18.7.2011	In der Bezirkshauptstadt Arawan (Gebiet Osch) demonstrieren mehr als 500 Menschen in Reaktion darauf, dass am Vortag ein kirgisischer Taxifahrer von einem Usbeken schwer verletzt worden war. Sechs Personen werden festgenommen. Nach Angaben der örtlichen Polizei handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen usbekischen und kirgisischen Jugendlichen.
18.7.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt US-Assistant Secretary of State, Robert Blake, und versichert ihm, dass sie die Macht friedlich übergeben wolle.
20.7.2011	Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission haben bislang zehn Personen bei der Kommission um Nominierung als Kandidat für die Präsidentschaftswahl nachgesucht. Die Frist endet am 16.8.
20.7.2011	Eine halbe Stunde nach Mitternacht erschüttert ein Erdbeben der Stärke 6,1 mit Epizentrum im Gebiet Batken die Region.
20.7.2011	Der umstrittene nationalistische Bürgermeister von Osch, Melis Mirsachmatow, bringt ein kirgisischsprachiges bebildertes Buch mit seiner Sicht auf die Ereignisse im Juni 2011 heraus.
20.7.2011	Premier Atambajew trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen. Thema des kurzfristig anberaumten Gesprächs ist die Lösung der Probleme bei der Benzinversorgung.
21.7.2011	Präsidentin Otunbajewa erlässt anlässlich des bevorstehenden 20. Jahrestages der Unabhängigkeit eine Amnestie für insgesamt 3.470 Gefangene.
21.7.2011	Kamtschibek Kolbajew, weltweit gesuchter Chef der kirgisischen Mafia, wird in Abu-Dhabi festgenommen.

## Tadschikistan

18.6.2011	Außenminister Hamrochon Zarifi empfängt eine Delegation der französischen Nationalversammlung, die sich über Wasserprobleme in Zentralasien informieren lässt.
20.6.2011	Asia-Plus meldet, das Global Agriculture and Food Security Program (GAFSP) habe 27,9 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung, des Wassermanagement und der Bewässerungsanlagen in Tadschikistan bewilligt.
20.6.2011	Nach Angaben von RFE/RL wird der Rechtsanwältin des am 13.6. unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir verhafteten BBC-Mitarbeiters Urunboj Usmonow der Zugang zu ihrem Mandanten verweigert.
20.6.2011	Bei einem Runden Tisch über die ersten Ergebnisse der Volkszählung von 2010 wird bekannt, dass die Bevölkerungszahl 7,565 Mio. beträgt und damit im Vergleich zum letzten Zensus im Jahr 2000 um 23 % gestiegen ist.
20.6.2011	Nach Angaben aus dem Innenministerium wurde im Bezirk Rascht ein weiterer der bei einem Massenausbruch aus einem Gefängnis in Duschanbe im August 2010 geflüchteten Gefangenen aufgespürt und erschossen. Ein weiterer wird verhaftet. Damit sind noch sechs der ursprünglich 25 Ausbrecher flüchtig.
22.6.2011	Außenminister Zarifi empfängt den Sondergesandten des Nato-Generalsekretärs für Kaukasus und Zentralasien, James Appathurai, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit.
23.6.2011	Finanzminister Safari Najmuddinow und der Regionaldirektor der Weltbank für Zentralasien, Motoo Konishi, unterzeichnen ein Abkommen über die Finanzierung der fünften Entwicklungspolitikkredite in Höhe von 10 Mio. US-Dollar.
23.6.2011	Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen randalieren Fußballfans von Rafschan Kuljab nach einem Spiel. 40 Personen werden in Duschanbe festgenommen.
24.6.2011	Präsident Rachmon fordert in einer im ersten Fernsehprogramm übertragenen Rede anlässlich der Einweihung einer neuen Schule in Duschanbe mehr Konzentration auf die Bildung von Kindern und gleichen Schulzugang für Jungen und Mädchen.
24.6.2011	Präsident Rachmon trifft am Rande einer Konferenz über den globalen Kampf gegen den Terrorismus in Teheran mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu Gesprächen über die Zusammenarbeit beider Länder insbesondere im Wirtschafts- und Energiebereich zusammen.
29.6.2011	Präsident Rachmon empfängt den Exekutivdirektor der ADB, Ashok Kumar Lahiri, zu Gesprächen.
30.6.2011	Zum Abschluss des Besuches des russischen Verteidigungsminister Anatolij Serjukow und des Chefs der Präsidialadministration der RF, Sergej Naryschkin, in Duschanbe wird bekannt, dass eine Vereinbarung über die Grenztruppen getroffen wurde. Über den Inhalt werden keine Angaben gemacht.
30.6.2011	Während einer Sitzung der Strafverfolgungsbehörden des Gebietes Chatlon in Kurgan Tjube wird bekannt, dass in diesem Jahr bereits 47 nicht genehmigte Religionsschulen mit ca. 400 Schülern geschlossen wurden.

30.6.2011	Präsident Rachmon empfängt William Brownfield, US-Assistant Secretary for the Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs, zu Gesprächen vor allem über die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Drogen sowie den Schutz der Grenze nach Afghanistan.
1.7.2011	Die Einreise- und Transitgebühren für die Einreise von Tadschikistan nach Usbekistan sind für Straßenfracht und Busse ab sofort um 15 % höher. Dies ist die vierte Tarifierhöhung innerhalb von sechs Monaten.
5.7.2011	Im sibirischen Irkutsk werden vier Tadschiken aus der Sklaverei ähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen befreit. Eine Strafverfolgung der Täterin ist eingeleitet.
7.7.2011	In der Nähe von Duschanbe wird im nationalen Trainingszentrum der Spezialtruppen der Grundstein für ein von den USA mit 3,1 Mio. US-Dollar finanziertes Trainingsgebäude gelegt.
11.7.2011	Amnesty International fordert die Regierung auf, den am 13. Juni verhafteten BBC-Journalisten Urunboj Usmonow frei zu lassen.
12.7.2011	Nach Angaben des Komitees für religiöse Angelegenheiten haben seit 1991 mehr als 110.000 tadschikische Muslime eine Wallfahrt nach Mekka gemacht.
12.7.2011	In Chudschand beginnt hinter verschlossenen Türen der Prozess gegen 53 Angeklagte, denen der Bombenanschlag von Chudschand im September 2010 und eine Mitgliedschaft in der IMU zur Last gelegt werden.
13.7.2011	Tadschikische Sicherheitskräfte melden die Festnahme von zwei weiteren der 25 Gefängnisausbrecher vom August 2010 im Osten Tadschikistans und in Bischkek.
14.7.2011	Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass der BBC-Journalist Usmonow gegen Auflagen freigelassen wurde.
15.7.2011	Die EBRD erhöht ihre Unterstützung für den tadschikischen Finanzsektor um 6 Mio. US-Dollar.
16.7.2011	Präsident Rachmon empfängt Olivier Descamps, den geschäftsführenden Direktor der EBRD für Türkei, Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit.
18.7.2011	Somon Air kündigt an, ab 28.7. zwei Mal pro Woche die Strecke Duschanbe–Istanbul zu bedienen.
18.7.2011	Außenminister Zarifi dementiert auf einer Pressekonferenz in Duschanbe Gerüchte, dass seine Regierung Gespräche über eine Militärbasis mit den USA führe.
21.7.2011	Trotz vieler Proteste einheimischer NGOs und der internationalen Öffentlichkeit verabschiedet der Senat das umstrittene Gesetz über die Aufsichtspflicht von Eltern gegenüber ihren Kindern, das die Anwesenheit von Kindern bei religiösen Veranstaltungen stark einschränkt.

## Turkmenistan

20.6.2011	In einer Mitteilung des Außenministeriums wird darauf hingewiesen, dass Turkmenistan sich bei der Kündigung der russischen Mobilfunkfirma MTS an geltende Verträge gehalten habe und daher keine finanziellen Entschädigungen zahlen werde.
24.6.2011	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow empfängt den NATO-Sondergesandten für Kaukasus und Zentralasien, James Appathurai, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit.
27.6.2011	Dem Flugzeug des sudanesischen Präsident Omar al-Bashir, der vom Internationalen Strafgerichtshof der UN wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist, wird auf dem Weg von einem Staatsbesuch in Iran nach China die Querung des turkmenischen Luftraums untersagt.
30.6.2011	Präsident Berdymuchammedow eröffnet das erste 3D-Kino in Turkmenistan. Bis 2008 waren Kinos in Turkmenistan verboten.
7.7.2011	In Abadan, 20 km von Aschhabad entfernt, explodiert ein Waffen- und Munitionslager. Die Menschenrechtsseite Chronika Turkmenistana berichtet von großen Zerstörungen und vielen Toten und Verletzten.
8.7.2011	Das Außenministerium bestätigt die Explosionen in Abadan, bestreitet jedoch Todesopfer und Zerstörungen. Es habe sich um ein Lager mit Pyrotechnik für Feuerwerke gehandelt.
8.7.2011	Chronika Turkmenistana meldet, dass die Zahl der Opfer der Explosionen in Abadan fast 200 erreiche, etwa 100 davon Militärangehörige.
9.7.2011	Präsident Berdymuchammedow lädt die Opposition ein, an den für 2012 angekündigten Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. Im Ausland lebende Oppositionelle könnten jetzt einreisen und ihnen werde die allen Bürgern zustehende Gleichbehandlung garantiert.
11.7.2011	In Brüssel findet der vierte Menschenrechtsdialog zwischen Turkmenistan und der Europäischen Union statt, meldet der Pressedienst der EU.

12.7.2011	Präsident Berdymuchammedow und die Bürgermeisterin der Stadt Sankt Petersburg, Walentina Matwijkenko nehmen an der feierlichen Eröffnung der Hochstraßen von Turkmenbaschi nach Awasa teil.
12.7.2011	Zwei bekannte im Exil lebende Oppositionspolitiker, Chudajberdi Orasow, der Führer der politischen Bewegung Watan und der Vorsitzende der Republikanischen Partei Turkmenistans im Ausland, Nurmuchamet Chanamow, wollen die Einladung des Präsidenten zur Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen annehmen, meldet Chronika Turkmenistana.
13.7.2011	Eine Gruppe von im Ausland lebenden Turkmenen fordert von der Führung Turkmenistans, u. a. dass das Ausmaß der Tragödie von Abadan transparent gemacht wird, die Zahl der Opfer und der Umfang der Zerstörungen genannt, die Verstorbenen an ihre Angehörigen übergeben werden und eine Hotline eingerichtet wird, meldet Gundogar.org.
15.7.2011	In Turkmenbaschi trifft die kasachstanisch-turkmenische zwischenstaatliche Kommission für Zusammenarbeit zu ihrer vierten Sitzung zusammen. Die kasachstanische Delegation wird von Öl und Gasminister Sauat Mynbajew angeführt, die turkmenische vom stellvertretenden Premier Baimurad Chodschamuchamedow.
16.7.2011	Die OSZE bietet in einem Brief an Präsident Berdymuchammedow ihre Hilfe bei der Beseitigung der Schäden in Abadan sowie bei der Erhöhung der Sicherheit bei Waffen- und Munitionslagerung, um derartige Tragödien in Zukunft zu verhindern, an.
16.7.2011	Während ihres sechstägigen Aufenthalts in Turkmenistan führt eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes Gespräche u. a. im Außen- und Innenministerium, dem Nationalen Institut für Demokratie- und Menschenrechte sowie bei der Vertretung des Roten Halbmond in Turkmenistan.
17.7.2011	Dem Mitarbeiter von Radio Liberty Dowletmurad Jaskulijew wird eine Strafverfolgung wegen Anstiftung und Verbreitung von Verleumdungen in Massenmedien angedroht, wenn er in seinem Internetblog weiterhin über die Lage in Abadan berichtet.
18.7.2011	FergananeWS.com meldet, dass der turkmenische Geheimdienst die Internetseite Chronika Turkmenistana, die ausführlich über die Explosionen in Abadan berichtet hatte, gehackt hat.
22.7.2011	Turkmenistan wird wie seine Nachbarländer auf die US-amerikanische »specially designated countries list« der Staaten gesetzt, der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind.

## Usbekistan

18.6.2011	Es wird bekannt, dass Präsident Islam Karimow Tursunali Kusijew zum neuen Minister für Sport und Kultur ernannt hat. Sein Vorgänger war bereits Mitte Januar entlassen worden.
18.6.2011	Das einzige Einkaufszentrum in Usbekistan, in dem der Verkauf von religiöser Literatur erlaubt ist, wurde nachdem es im März wegen Verkaufs illegaler Literatur geschlossen worden war, unter neuem Namen in der Vorwoche wieder eröffnet, meldet CA-News.
20.6.2011	Wasilija Inojatowa, Mitglied der oppositionellen Bewegung Birlik, erklärt, dass ihre Gruppierung weiterhin eine usbekische Autonomie im Süden Kirgistans fordere. Vertreter anderer NGOs etc. distanzieren sich von ihrer Stellungnahme.
20.6.2011	Uznews meldet, dass die örtlichen Vertreter von UNICEF und EU in Taschkent erklärt hätten, nicht darüber informiert gewesen zu sein, dass ihre Briefe zur Unterstützung des Wohltätigkeitsfonds von Präsidententochter Lola Karimowa zur Verwendung im Prozess gegen die französische Website rue89 bestimmt waren.
21.6.2011	Das Unterhaus des Parlamentes berät in einer außerordentlichen Sitzung den Bericht über das Staatsbudget für 2010 und das erste Quartal 2011 und bestätigt ihn.
21.6.2011	Die staatliche Aktiengesellschaft Uzfarmprom und die deutsche Krüger GmbH unterzeichnen einen Vertrag über den Bau einer pharmazeutischen Fabrik in der Stadt Fergana, an dem die deutsche Seite mit 15 Mio. US-Dollar, die usbekische mit 10 Mio. beteiligt ist.
21.6.2011	Die Kommission für internationalen Handel des Europäischen Parlamentes berät ein Partnership and Cooperation Agreement mit Usbekistan. Menschenrechtsvertreter warnen, dass die Kinderarbeit in Usbekistan durch eine Verstärkung des Baumwollhandels mit der EU zunehmen werde.
22.6.2011	Der Korrespondent des usbekischen Dienstes von Voice of America, Abdumalik Bobojew, erhält nach langem Warten ein Ausreisevisum. Er wird ein Stipendium in Deutschland antreten.
22.6.2011	Die ökologische Bewegung Usbekistans wendet sich in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Europäischen Parlamentes, Jerzy Busek, in dem sie an die Parlamentarier appelliert, den Bau des tadschikischen Wasserkraftwerkes Roghun nicht zu unterstützen.

23.6.2011	Der niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Transport, Jörg Bode, der sich mit einer Wirtschaftsdelegation in Taschkent aufhält, führt Gespräche im Außenministerium und im Ministerium für Außenhandelsbeziehungen.
23.6.2011	Bei einer Reise durch das Gebiet Kaschkadarja hebt Präsident Karimow die Verdienste der Landwirtschaft und den seit der Unabhängigkeit gestiegenen Wohlstand der Bevölkerung hervor.
23.6.2011	Human Rights Watch fordert die EU auf, sich für die Freilassung des Menschenrechtlers Norboj Chaljigitow, der nach den Ereignissen in Andischan 2005 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, und weitere Menschenrechtler einzusetzen.
23.6.2011	Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass ein Gericht in Taschkent zehn Männer wegen Mitgliedschaft bei Hizb ut-Tahrir zu Haftstrafen von bis zu sieben Jahren verurteilt hat.
24.6.2011	Der nationale Sicherheitsdienst zerstört 675 kg beschlagnahmter Drogen, darunter 166,3 kg Heroin.
25.6.2011	Ein riesiger Sandsturm tobt über Teilen Usbekistans (und Tadschikistans).
27.6.2011	Usbekistan wird wegen der Kinderarbeit bei der Baumwollernte wieder in dem jährlichen Report Global Trafficking in Persons des US State Department Office to Monitor and Combat Trafficking in Persons aufgeführt.
28.6.2011	Präsident Karimow trifft mit Michail Dmitrijew, dem Direktor des russischen föderalen Dienstes für militärische Zusammenarbeit, zusammen.
28.6.2011	Gegen die beiden ehemaligen Mitarbeiterinnen des staatlichen Fernsehens Saodat Omonowa und Malochat Jeschenkulowa wird eine Strafe von 1.200 US-Dollar verhängt. Sie hatten am Vortag vor dem Gebäude des Präsidentenbüros mit Plakaten einen Hungerstreik verkündet. Die beiden Journalistinnen waren entlassen worden, nachdem sie öffentlich Korruption und Zensur bei dem Sender beklagt hatten.
28.6.2011	Eine Delegation des lettischen Parlamentes besucht das Unterhaus der usbekischen Volksvertretung. Ein Ausbau der Beziehungen wird vereinbart.
29.6.2011	Eine Delegation des polnischen Sejm unter Führung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Niesiolowski besucht das Unterhaus des Parlamentes.
1.7.2011	Das usbekische Außenministerium sagt eine für November geplante Reise des Menschenrechtsausschusses des deutschen Bundestages aus Zeitproblemen ab.
1.7.2011	Der Pressedienst des Außenministeriums gibt bekannt, dass Saudi-Arabien 30 Mio. US-Dollar für die Erneuerung der Straßenverbindung Chusar–Tschim–Kukdala (Teil der Strecke Taschkent–Termes) bereitstellt. Gleichzeitig wird bekannt, dass Vereinbarungen zwischen Usbekistan und der Islamischen Entwicklungsbank über die Finanzierung von 11 Projekten im Wert von 655,5 Mio. US-Dollar für den Zeitraum 2011–13 unterzeichnet wurden.
2.7.2011	Im Pariser Gerichtsverfahren Lola Karimowa gegen die Website Rue89 wegen der Bezeichnung Diktator für Islam Karimow und der Unterstellung von Geldzahlungen wird die Klage der Präsidententochter in allen Punkten abgewiesen.
2.7.2011	Die 29 aus Kasachstan ausgewiesenen Usbeken werden nach Angaben der Taschkenter Expert Working Group in völliger Isolation gehalten, ohne die Möglichkeit, Anwälte zu kontaktieren oder Angehörige zu sehen.
5.7.2011	Temir Schirinow wird zum Nachfolger des am 2.7. zurückgetretenen bisherigen Bildungsministers Awadschon Marachimow ernannt.
5.7.2011	Im Gebiet Rostow in der RF werden bei einer Polizeikontrolle auf zwei privaten Landwirtschaften 30 usbekische Gastarbeiter entdeckt, die dort gefangen gehalten wurden und ohne Bezahlung arbeiten mussten.
7.7.2011	Präsident Karimow unterzeichnet ein Gesetz, mit dem ab 1.8. Löhne, Renten und Stipendien um durchschnittlich 15 % erhöht werden.
7.7.2011	Auf Ersuchen der usbekischen Behörden werden in Nischnyj Nowgorod (RF) 23 usbekische Arbeitsmigranten wegen des Verdachts eines Anschlags gegen die verfassungsmäßige Ordnung Usbekistans verhaftet, meldet RFE/RL.
8.7.2011	Das Unterhaus des Parlaments verabschiedet ein Gesetz, das Rauchen und Alkoholkonsum am Arbeitsplatz, in öffentlichen Einrichtungen und Transportmitteln etc. verbietet.
10.7.2011	Justin Yifu Lin, Chefökonom und Vize-Präsident der Weltbank, äußert sich am Ende seines Usbekistanbesuches positiv über die usbekische Wirtschaftspolitik und die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise.
11.7.2011	In Namangan werden sechs Offiziere des Zolls zu langjährigen Haftstrafen wegen Bestechlichkeit und Machtmissbrauch verurteilt.

12.7.2011	Der Anwalt der britischen Goldbergbaufirma Oxus Gold beschuldigt die usbekische Regierung, unrechtmäßig das Vermögen des Joint Ventures Amantajtau zu beschlagnahmen, um es in die Liquidation zu treiben.
12.7.2011	Die Journalistin Saodat Omonowa bricht nach ihrer Einweisung ins Krankenhaus wegen schwerer gesundheitlicher Probleme ihren Hungerstreik am 16. Tag ab.
12.7.2011	In Brüssel findet die neunte Sitzung des Kooperationsrates EU-Usbekistan statt.
13.7.2011	Die Taschkenter Verwaltung beschränkt ohne Angaben von Gründen den Verkauf von Honig- und Wassermelonen auf bestimmte Stellen auf Lebensmittelmärkten.
13.7.2011	Die Zentralbank beschließt, dass Zahlungen mit Geld- oder Kreditkarten ab sofort auch ohne gleichzeitige Vorlage des Passes möglich sind.
13.7.2011	Erst jetzt wird bekannt, dass der ehemalige Armeeeingehörige Jurij Korepanow, der im Januar 2011 zu 16 Jahren Gefängnis wegen Verrats und illegalen Grenzübertretts verurteilt worden war, am 29.6. freigelassen wurde.
15.7.2011	Die US-Sonderbotschafterin für globale Frauenfragen, Melanne Vermeer, führt im Rahmen ihres dreitägigen Taschkentbesuches Gespräche im Außenministerium.
15.7.2011	Drei Tage nach Omonowa bricht auch die Journalistin Malochat Jeschonkulowa ihren Hungerstreik ab.
15.7.2011	Der als Ortskraft in der britischen Botschaft in Taschkent beschäftigte usbekische Staatsbürger Leonid Kudrjawzew wird von einem Taschkenter Gericht zu einer Strafe von 1.600 US-Dollar wegen seiner Kontakte zu usbekischen Menschenrechtlern verurteilt. Diese gehörten zu seinen Aufgaben in der Botschaft.
18.7.2011	CA-News meldet, dass die Journalistin Olga Fasilowa von der Zeitschrift Nowyj Wjek entlassen wurde, nachdem sie ein Seminar in Deutschland besucht hat.
19.7.2011	Jennifer Lopez tritt auf der Hochzeitsfeier des Sohnes des usbekischen Milliardärs Asam Aslanow auf.
20.7.2011	Um 0.35 Uhr wird das Fergana-Tal von einem Erdbeben erschüttert, das in Taschkent noch mit einer Stärke von 4,5–5 zu spüren war. 13 Menschen sterben, 86 werden verletzt.
21.7.2011	Senat und Unterhaus des Parlaments stellen nach gemeinsamen Beratungen über das Regierungsprogramm zur Stärkung demokratischer Marktrefor-men und Liberalisierung der Wirtschaft sowie die Implementierung des Staatsprogramms Jahr des kleinen Business und privaten Unternehmertums in einer gemeinsamen Resolution kritisch fest, dass die Regierung die Forderungen des Präsidenten nicht erfüllt habe.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GIZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2011 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
**oa**



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)